Inhalt

2 1 Jahr Gaidao

4 Anarchismus - Eine (kleine) Einleitung

9 Nachrichten aus der Föderation

9 New Kids on the Blog

10 Yet Another Anarchist Blog

10 Das AnArchiv - Anarchistisches Dokumentationszentrum

12 IAA: Die kapitalistische Krise betreffend

14 Heike Schrader lügt!

16 Gegen die Arbeit

Wirsing, indischer Art

24 Dresden: Und lehrt sie Gedächtnis

25 Termine

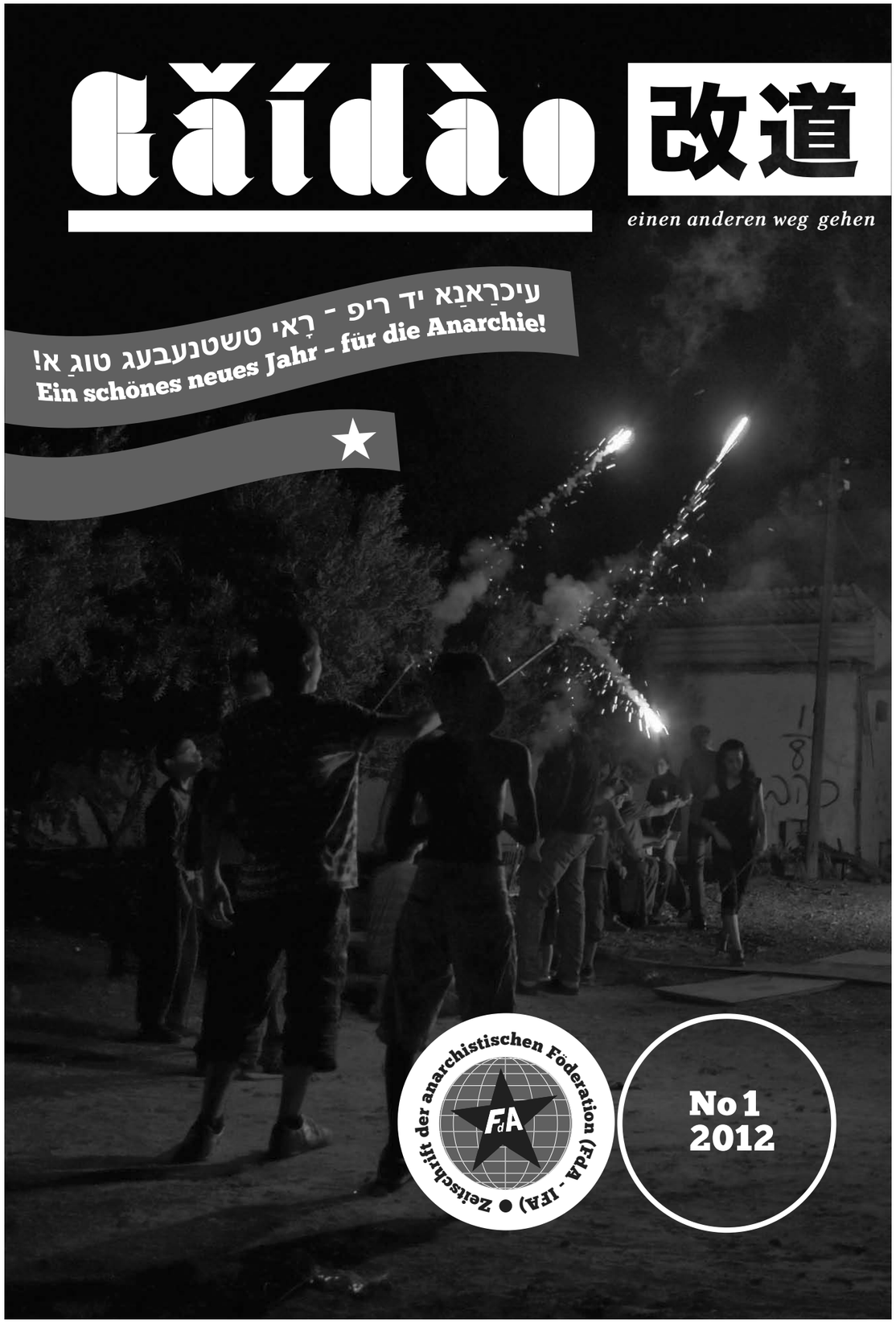
27 Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

Gǎidào 改道

einen anderen weg gehen

עיכראַנאַ יד ריפ - ראָי טשטנעבעג טוג אַ!

Ein schönes neues Jahr - für die Anarchie!



Zeitschrift der anarchistischen Föderation (FdA - IFA)

No 1
2012

1 Jahr Găi Dào

“Eure Ansprüche habt ihr eingelöst”

„Pessimisten haben dann und wann eine laute Stimme. Dass aber auf ihrem Mist nichts wachsen kann, das wissen sie selber.“
Gefunden in einem Diskussionsforum von Fußball-Fans

Ich gebe es gerne zu: Beim ersten Kontakt mit der Găi Dào war meine Reaktion: „Was für ein Name ist das denn?“ Wenige Augenblicke später hatte ich die dazugehörige Erklärung gelesen: „Einen anderen Weg gehen“. „Noch ein Blättchen, das sich an die anarchistische Szene richtet“, war der folgende Gedanke. Als Anspruch der Găi Dào fand sich dann das folgende Statement in der ersten Ausgabe vom Januar 2011: „Mit diesem Zeitungsprojekt versuchen wir, einen weiteren Schritt zu einer anarchistischen Föderation zu gehen. Darüber hinaus hoffen wir, neben Zeitungen wie der ‚Graswurzelrevolution’ und der ‚Direkte Aktion’ und Internetportalen wie ‚Syndikalismus.tk’ weiterführende Informationen zur aktuellen anarchistischen Bewegung geben zu können.“

Nun ist ein Jahr vorüber, und die Găi Dào feiert ihr einjähriges Bestehen. Was mir in dieser Zeit positiv aufgefallen ist, ist die regelmäßige, verlässliche monatliche Erscheinungsweise und die Vielfalt an internationalen aktuellen Themen, zu denen sich Berichte und Meinungen finden. Man merkt, die Redakteure sind an den weltweiten Entwicklungen interessiert und wollen anarchistische Stimmen dazu einholen.

Im Gegensatz dazu findet sich leider kaum etwas über die Aktivitäten der Mitgliedsgruppen der Anarchistischen Föderation in ihrer eigenen Zeitung wieder. Zudem sind die sozialen Themen unterrepräsentiert. Beiträge über die brennenden Themen und Probleme unserer Zeit vor Ort: Erwerbslosigkeit, massenhafte Verarmung, Sozialabbau, prekäre Arbeitsverhältnisse, rassistische Gesetze, Hetze und Spaltung sowie die Gegenwehr – die sozialen und Klassenkämpfe finden sich nur am Rand. Gerade hier sind aber anarchistische (und anarcho-syndikalistische) Stimmen notwendig, die deutlich auf die Perspektiven eines Lebens frei von Armut, Abhängigkeit, staatlicher Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung hinweisen und diese im besten Fall vorantreiben können. Mit nichts geringerem sollte sich eine anarchistische Zeitschrift zufrieden geben, dies sollte ihr Anspruch sein, wenn sie nicht in einer Nische stagnieren will und sich mit der anarchistischen Szene als Zielgruppe zufrieden geben möchte. Doch genau dazu schreiben die Redakteure der Găi Dào in der November-Ausgabe: ‚Wir […] wollen einerseits ‚nur’ ein Magazin aus der Bewegung und für die Bewegung sein und andererseits das Unmögliche schaffen, nämlich auch für Menschen jenseits der Bewegung so attraktiv zu sein, dass nicht nur AnarchistInnen, die Gai Dào lesen.’

Den eigenen – so klar formulierten Anspruch als ‚Magazin der Szene’ muss man als Leser natürlich ernst nehmen. Optimal wäre jedoch in meinen Augen eine Situation, in der es zu einem Zusammenspiel zwischen der lokalen Arbeit der GenossInnen vor Ort und der Zeitschrift kommt: Intervention und Berichte, Anregungen und Erfahrungen. Eine Entwicklung also, die zum einen konkrete Verbesserungen des Alltags im Blick hat, und zum anderen dadurch die Möglichkeit eröffnet, beizutragen, aus der Minderheitenposition des Anarchismus hinauszuführen. Ansonsten spricht man weiterhin ‚zu den Bekehrten’. Eine Öffnung zu den ‚Alltagsproblemen’ würde wahrscheinlich auch zu einem numerischen Anwachsen der Anarchistischen Föderation führen. Ob die Găi Dào allerdings eine solche Zeitschrift sein kann, ist offen. Mit dem eigenen – eingelösten Anspruch, ‚weiterführende Informationen zum Anarchismus zu geben’, ist nämlich auch eine Selbstbeschränkung festgeschrieben. Ein Blick hinter die Kulissen wäre da hilfreich, um zu erfahren, weshalb man sich damit begnügen möchte. Natürlich ist die Realität der anarchistischen Szene nicht gerade ermutigend. Es fehlt noch zu oft an Ausdauer, an der Kontinuität, Begonnenes weiterzuführen, an der Bereitschaft, sich aus der Szene hinauszubegeben, und vieles lastet auf den Schultern weniger. Doch neue Möglichkeiten entstehen durch das Vorwärtsgehen, neue

IAF ИФА IFA

Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA-IFA)

Wer Wir Sind & Was Wir Wollen

1

Unser Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft ohne Grenzen, Klassen und Staaten auf Grundlage der freien Vereinbarung, der gegenseitigen Hilfe und des anarchistischen Föderalismus, der durch gebundene Mandate seitens der Basis gekennzeichnet ist. Da wir jede Herrschaft über und Ausbeutung von Menschen ablehnen, setzen wir uns ein für die Abschaffung aller Formen von Herrschaft und Ausbeutung in kultureller, politischer, sexueller, sozialer, wirtschaftlicher oder sonstiger Hinsicht.

2

Das FdA will auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens an die föderalistischen Ideen anknüpfen und sie den Erfordernissen der heutigen Zeit anpassen. Im anarchistischen Föderalismus sehen wir die Grundlage einer wirklichen und dauerhaften Selbstbestimmung, die allein die Gewähr für Freiheit, Gleichheit und Solidarität gibt. Wir streben keine Übernahme, sondern die Abschaffung der politischen Herrschaft an.

3

Erst Gemeinschaften ermöglichen die gegenseitige Hilfe und bilden die Grundlage, auf der eine anarchistische Gesellschaft wachsen kann. Informelle, unverbindliche Zufallsbegegnungen sind für diese Gemeinschaften nicht ausreichend. Deshalb organisieren wir uns, um Solidarität zu leben, Mut zum Handeln zu geben und die Wirksamkeit unseres Handelns zu steigern. Das FdA hat das Ziel, den Aufbau einer deutschsprachigen anarchistischen Föderation voranzutreiben.

Kontakte:

FdA-IFA: *http://www.fda-ifa.org*
IFA: *http://www.i-f-a.org*

Anarchistische Föderation Berlin
Kontakt: *afb@riseup.net*
http://www.afb.blogsport.de

Anarchistische Gruppe Mannheim
Kontakt: *info@anarchie-mannheim.de*
http://www.anarchie-mannheim.de.vu

Antinationale Offensive Saarbrücken
Kontakt: *antinationale@riseup.net*
http://www.antinationale.org

Libertäre Initiative Schleswig-Holstein
Kontakt: sortesindet@marsmail.de

Libertäres Netzwerk Dresden
Kontakt: *linetdd@riseup.net*
http://www.libertaeres-netzwerk.info

Libertäres Bündnis Ludwigsburg
Kontakt: *lb-hoch2@riseup.net*
http://lblb.pytalhost.de

Karakök Autonome Türkei/Schweiz
karakok.wordpress.com/karakok-autonome
Kontakt: l*aydaran@immerda.ch*

sen repräsentativen Räumen veranstaltet wird, ist ein Grund, warum sich das Bündnis Offensive gegen Rechts gegründet hat. Die beteiligten Organisationen setzen sich aus dem antifaschistischen und zum Teil universitätsnahen Umfeld zusammen. Aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen waren bereits an Bündnistreffen beteiligt und wollen gemeinsam gegen den WKR-Ball protestieren. Unser Ziel ist es, möglichst viele Akteur_innen zu vereinen und so gemeinsam den WKR-Ball verhindern. ■

Mehr Infos: *http://www.offensivegegenrechts.net/*

Freiburg
Vortrag und Diskussion:
Schocktherapie – Zur Lage in Griechenland
Wann: 27. Januar 2012, 20:00 Uhr |
Wo: KTS, Basler Straße 103, Freiburg

Während die Vibrationen der Geschichte immer spürbarer werden und uns bestätigen, dass wir tatsächlich eine historische Epoche erleben, gleicht Griechenland täglich mehr einem unregierbaren Land. Staatliche Institutionen werden missachtet, elementare demokratische Regeln funktionieren nicht, Gesetze werden straflos gebrochen. Im Gleichschritt mit Arbeitslosigkeit und Armut steigt die Gewalt auf allen Ebenen spektakulär an, der Staatsapparat scheint in Auflösung begriffen und die Verwaltungsbürokratie hält die Regierung schon seit geraumer Zeit für ihren Feind. Diese ist nicht in der Lage, die schulische Ausbildung zu gewährleisten, die Gesundheitsvorsorge sicherzustellen, Steuern einzutreiben und Steuerhinterzieher ausfindig zu machen, genauso wenig, wie sie es schafft, die selbst verabschiedeten Gesetze umzusetzen. Die Lage ist extrem unsicher und niemand weiß wohin die Reise geht …“ (Eleftherotypia, 6.11.2011)

Referieren wird Ralf Dreis, FAU Frankfurt. Der Griechisch-Übersetzer und freie Journalist schreibt seit Jahren für die linke und anarchistische Presse über das politische Geschehen in Griechenland ■

Mehr Infos: *http://www.fau.org/ortsgruppen/freiburg/*
Kontakt: *faufr@fau.org*

Berlin
Demonstration gegen Repression,
International Urban Operations Conference und Internationalen Polizeikongress
Wann: 28. Januar 2012, 16:00 Uhr | **Wo:** Herrfurthplatz – Berlin Neukölln/ U 8 Boddinstraße

In letzter Zeit wurden allerdings vermehrt Menschen von der Polizei getötet, die nicht völlig vereinzelt lebten. Vor allem durch ihr soziales Umfeld entstanden Ansätze von Widerstand, z.B. in den Fällen von Oury Jalloh, Dennis J. oder Slieman Hamade. Nun veranstalten Behörden, Regierungsvertreter, Politiker und Firmen zwei Kongresse in Berlin, die das staatliche Morden perfektionieren sollen.

Zuerst vom 31. Januar bis 02. Februar 2012 die “International Urban Operations Conference“.

Auf dieser Konferenz sollen Erfahrungen aus militärischer und paramilitärischer Aufstandsbekämpfung in Kriegsgebieten ausgewertet und weiterentwickelt werden. Die Veranstalter gehen davon aus, dass sich Szenarien aus städtischen Konflikten in Kabul, Bagdad oder Mogadischu auch in Europa ereignen können.

Danach findet vom 14. bis 15. Februar 2012 der 15. Internationale Polizeikongress statt. Hier wird seit Jahren an einer Koordinierung von Polizeibehörden und Sicherheitsfirmen gearbeitet, die sich auf Grund ihrer Gefährdungsanalysen ständig weiter vernetzen. ■

Mehr Infos: *http://polizeikongress.tk/*

Auf zu neuen Taten.
Das Vaterland verraten!

Mitstreiterinnen und Mitstreiter kommen durch Praxis, Offenheit und Attraktivität. Genauso wie seinerzeit das Radio Libertaire in Frankreich trotz aller Unkenrufe der Pessimisten auf Sendung ging und zu einem wahren Aushängeschild des organisierten Anarchismus geworden ist, hat die Găi Dào nach eigenem Bekunden ‚einfach angefangen zu erscheinen'. Schon nach einem Jahr des regelmäßigen Erscheinens hat sie einen wichtigen Platz in der Reihe der libertären Publikationen gefunden. Diese Aussage ist nicht übertrieben. Denn positiv zeichnet sie die ungebrochene Offenheit aus, mit der sie nahezu alle relevanten Gruppen und Strömungen innerhalb des libertären Lagers zu Wort kommen lässt, bei diesen nachfragt und Eitelkeiten und ‚Berührungsängste' nicht kennt.

In diesem Sinne: Gratulation zu einem Jahr Găi Dào, und ein Dankeschön an die ehrenamtlich arbeitenden Redakteure – eure Ansprüche habt ihr eingelöst. Es ist aber noch mehr möglich. ■

|| **Martin Veith**

(Redaktionelle Mitarbeit u. a. bei „Direkte Aktion“, „Bremer Aktion“ und „Syfo – Forschung & Bewegung“. V erfasser von „Die anarcho-syndikalistische Gewerkschaft“ und „Eine Revolution für die Anarchie“).

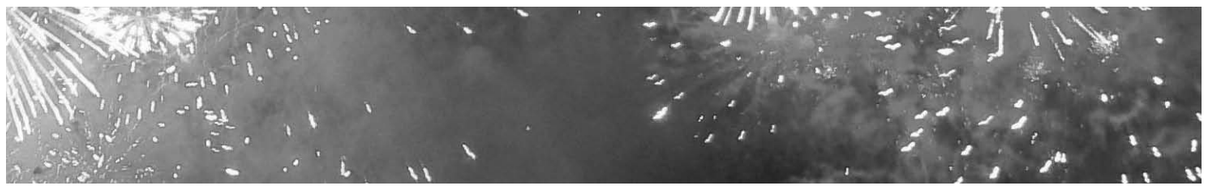
Zitatensammlung

„„Die Gai Dao ist eine super Zeitung“ – ASJ-Köln

„Liebe Leute von der Găi Dào,
ich (und mit Sicherheit auch noch viele andere) lese regelmässig eure Zeitung und würde mich sehr über eine Printausgabe freuen. […]
Weiterhin viel Erfolg und Durchhaltekraft“ – ein Leser

„Gleich am Anfang ein Bekenntnis:
Meistens blättere ich die Gai Dao nur durch.
Ich glaube, dass es mit der Art der Artikel zusammenhängt, meist sind sie recht lange und besprechen recht allgemeine Themen. Mehr aktuelle Kommentare wären deshalb für die Ausgewogenheit nicht unangenehmen.
Eine wöchentliche Erscheinungsform fände ich zwar spannend, aber ich glaube, dass vorher noch am Inhalt gebastelt werden sollte. Ich finde, dass die Gai Dao, so wie alle mir bekannten anarchistischen Medienprojekte im deutschsprachigen Raum, nur einen Teilaspekt des Anarchismus bzw. der anarchistischen Bewegung beleuchtet. Das ist jetzt keine Katastrophe, aber ein weiterer Blickwinkel wäre sympathisch.“ – yaab.noblogs.org

„Sehr interessante Inhalte… werd auch noch ne Zeit brauchen bis ich das alles durch hab aber die gestaltung (design) lässt etwas zu wünschen übrig… naja ist auf jeden Fall ein vielversprechendes Projekt.
Weiter so“ – Runyu (Kommentar zur ersten Ausgabe!)



Anarchismus
Eine (kleine) Einleitung

Einleitungen in den Anarchismus gibt es viele. Obwohl die meisten detailreich und überzeugend die Ziele und Ideale der vielseitigen, anarchistischen Bewegung beschreiben, erreicht ein Großteil leider doch nur wieder die Menschen, die bereits mehr oder weniger überzeugte Anarchist_innen sind. Dies liegt oftmals am fachlichen und historischen Vorwissen das die Lektüre erfordert, oder schlicht am Umfang des Werkes.

Das Anarchistische Netzwerk Südwest, ein Zusammenschluss von anarchistischen und libertären Gruppen und Einzelpersonen aus dem geografischen „Südwesten", hat gemeinsam einen kurzen Text verfasst, der in Kürze als kleine Broschüre erscheinen wird. Er richtet sich an jeden, unabhängig von Bildungsgrad und Vorwissen, und versucht anhand von provokativen Fragen mit gängigen Vorurteilen aufzuräumen und somit den Anarchismus als das zu beschreiben, was er, unserer Ansicht nach, ist: Die einzig wirkliche und dabei lebenswerteste Alternative zum Hier und Jetzt.*

„Anarchie –
Moment, das ist doch 'eh nur Chaos und Randale?"

Das ist wohl das gängigste Vorurteil, mit dem Anarchist_innen aus aller Welt zuerst konfrontiert werden. Dies hat seine Gründe, aber dadurch noch lange keine Berechtigung. Richtig ist, dass Anarchie weitläufig mit Chaos und Gewalt gleichgesetzt oder zumindest gemeinsam verwendet wird. Generell erzeugt der Begriff „Anarchie" ein meist negatives Gefühl.

Doch schon Wikipedia beschreibt Anarchie bzw. die dahinterstehende Überzeugung „Anarchismus" als „eine politische Ideenlehre und Philosophie, die Herrschaft von Menschen über Menschen und jede Art von Hierarchie als Form der Unterdrückung von individueller und kollektiver Freiheit ablehnt". 1

Und selbst der Verfassungsschutz – der nun wirklich nicht zu den Befürwortern des Anarchismus zählt – beschreibt das Ziel des Anarchismus als „eine herrschaftsfreie Gesellschaft, die … auf der Basis völliger Freiwilligkeit geordnet werden soll. Es wird jede Form der Regierung abgelehnt und behauptet, dass Menschen auch ohne gesellschaftliche Regeln konfliktfrei zusammenleben können." 2

Solche Aussagen beinhalten doch deutlich mehr als Chaos und Gewalt. Genauer gesagt, spielt Chaos oder Gewalt in diesen Definitionen gar keine Rolle. Welche Ideen für uns hingegen eine Rolle spielen, wollen wir im folgenden Text zeigen.

„Wenn Anarchie nichts mit Chaos zu tun hat,
womit denn dann?"

Anarchismus bedeutet für uns erst mal, mit dreierlei Dingen nichts zu tun zu haben:

Herrschaft von Menschen über Menschen
Wir finden es nicht richtig, dass manche Menschen mehr Macht besitzen als andere und über Schwächere regieren, sie kontrollieren und /oder ausgrenzen. Das geschieht zum Beispiel durch eine Regierung, die den Menschen vorschreibt, wie sie sich zu verhalten und wie sie zu leben haben. Falsch finden wir auch, dass Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Sexualität ausgegrenzt werden.

Kapitalismus
Wir finden es nicht richtig, dass nur wenige von den theoretisch ausreichend vorhandenen Ressourcen profitieren. Gerade durch die technologischen Fortschritte der letzten Jahrzehnte wäre es ein Leichtes, nicht nur allen Menschen Zugang zu Nahrung, sauberem Wasser oder Wohnraum zu gewährleisten, sondern den Lebensstandard an sich zu erhöhen. Im bestehenden System – dem Kapitalismus – werden Menschen in einen immer größeren und brutaleren Konkurrenzkampf gezwungen, der wenige Gewinner_innen und viele Verlierer_innen hervorbringt. Dies bedeutet wachsenden Reichtum von wenigen und steigende Armut von vielen.

Umweltzerstörung
Wir finden es nicht richtig, dass der Mensch den Lebensraum, den er selbst und seine Nachkommen bewohnen, rücksichtslos verschmutzt, vergiftet und zerstört. Der Mensch ver-

Vielzahl schwerer Körperverletzungen mit rechten Motiven kam, gilt der Hauptaufwand der Ermittlungsbehörden immer noch dem linken und libertären Spektrum. Beispielhaft mag hier der Fall „Praxis" angeführt werden. Am 19. Februar diesen Jahres wurde das anarchistische Hausprojekt von 250 Nazis angegriffen. Dabei wurden fast alle Scheiben des Erdgeschosses, aber auch die von Kinderzimmern in den oberen Etagen und Scheiben von Nachbarhäusern eingeworfen. Nur dem Selbstschutz und besonnenem Verhalten der AnwohnerInnen war es zu verdanken, dass eine Erstürmung des Hauses misslang und niemand verletzt wurde. Die meisten TäterInnen konnten schon kurz darauf durch ein im Internet veröffentlichtes Video identifiziert werden, die Polizei war selbst anwesend und führte den Mob später mit einer Hundertschaft dem Hauptversammlungsort der Neo-Nazis zu. Trotzdem war es das angegriffene Hausprojekt, welches zwei Monate später von der Polizei mit Maschinengewehren gestürmt und durchsucht wurde, während gegen die rechten Angreifenden erst ein halbes Jahr später vorgegangen wurde und bis heute keine stichhaltigen Ermittlungsergebnisse vorliegen.

Rechte Organisationen stellen den Staat und meist auch die Wirtschaftsweise nicht in Frage, dass Augenmerk liegt auf Reformen und der Durchsetzung von Gesetzen und Maßnahmen gegen gesellschaftliche Minderheiten. Auch wenn rechtsradikale Standpunkte dabei immer wieder Eingang in die Mehrheitsgesellschaft finden, disqualifizieren sich die Organisationen doch immer wieder durch martialisches Auftreten und Gewaltexzesse als ernstzunehmender politischer Akteur. Eine emanzipatorische Systemkritik erscheint den AmtsträgerInnen deshalb gefährlicher. Gewalt, welche als Herrschaftsinstrument begriffen wird, wird von den meisten AktivistInnen außerhalb von Selbstschutzgründen strikt abgelehnt, politische und wirtschaftliche Argumentationen und konkrete Projekte, aber auch selbstorganisierte Kampagnen, stellen die Legitimität des Staates dabei bewusst oder unbewusst in Frage. Politische Entscheidungen, letztlich aber auch die Form der Dresdner Gedenkkultur, richten sich daher nicht auf den Schutz und das Wohlergehen der Bevölkerung mit ihren verschiedenen, so genannten „Minderheiten", sondern auf den Schutz der eigenen Regierungslegitimation.

Wir finden es daher wichtig, beständig zu erinnern, uns und andere über die Wirkungsweisen gesellschaftlicher Dynamiken zu bilden, auf Zeichen zu achten und eine Wiederholung der Geschichte unmöglich zu machen. ■

Karlsruhe
Demonstrationen gehören den Demonstranten - Berufungsverhandlung gegen Demoanmelder in Karlsruhe
Wann: 17. und 18. Januar 2012, 09:00 Uhr |
Wo: Landgericht Karlsruhe, Saal 126, 1. OG

Nachdem im Juni 2008 der Anmelder der Demo unter dem Motto „Jetzt erst recht - Repression und G8 entgegentreten" in Karlsruhe zu 60 Tagessätzen verurteilt wurde, folgt nun die zweite Instanz. Er soll nicht ausreichend für die Durchsetzung der Auflagen gesorgt haben. Die Anklage treibt die Deformierung des Demonstrationsrechts auf die Spitze. Bei einer Verurteilung wäre jede Demoanmeldung ein unkalkulierbares Risiko!

Nach langer Pause findet nun die Berufungsverhandlung vor dem Landgericht Karlsruhe statt. Wir rufen dazu auf, den Prozess auch diesmal kritisch zu begleiten. Kommt daher zum Prozess. ■

Mehr Infos: *www.kampagne19mai.de*
Kontakt: *kampagne19mai@querfunk.de*

Wien
„Offensiv gegen Rechts" - WKR Ball verhindern!
Wann: 27. Januar 2012 | **Wo:** Wien

Der Ball des Wiener Korporationsrings (WKR) ist eine der größten rechtsextremen Veranstaltungen Europas. Er ist nicht einfach nur eine Tanzveranstaltung, sondern dient der Vernetzung europäischer Rechtsparteien und Burschenschaften.

Im Jahr 1952 wurde der Ball das erste Mal veranstaltet und findet seit 1968 jedes Jahr in der Hofburg statt. Dass der Ball jedes Jahr weitgehend frei von öffentlicher Kritik in die-

Dresden:
Und lehrt sie Gedächnis!

Aus dem Flugblatt von URA und EP
des Libertären Netzwerks Dresden am 9.11.11

Mit dem Zweiten Weltkrieg und dem Holocaust hat die deutsche Gesellschaft die schlimmsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte zu verantworten. Auch wenn die meisten der damaligen TäterInnen heute nicht mehr am Leben sind, so ist rassistisches, nationalistisches und faschistisches Denken doch nicht aus unserer Gesellschaft verschwunden. Auch heute noch projizieren Menschen die Gründe für wirtschaftliche, soziale und politische Missstände auf Minderheiten (die oft ebenso unter diesen leiden), statt nach den tatsächlichen Ursachen zu suchen und gemeinsamen mit anderen Betroffenen an Lösungen zu arbeiten. Noch immer bedienen sich von Rechtsradikalen über die sog. bürgerliche „Mitte" bis hin zur bürgerlichen Linken verschiedenste politische Lager der Idee einer „nationalen Gemeinschaft", um darüber von politischen Problemen abzulenken, die Abhängigen verschiedenster Länder gegeneinander auszuspielen und gegen Menschen vorgehen zu können, die sich als „Feinde der Nation" stilisieren lassen. Die Grundlagen für Rassismus, Nationalismus und einen ideologisch-repressiven Staat sind also fast 75 Jahre nach den Novemberpogromen weiter vorhanden.

Dass auch in Dresden vor allem von konservativen Parteien und Institutionen immer noch mit zweierlei Maß gemessen wird, macht sich sehr gut in der Gedenk- und Erinnerungspolitik bemerkbar. Während sich an Gedenktagen an die Opfer des Nationalsozialismus von Seiten der Stadtregierung meist darauf beschränkt wird, an einer der Gedenkveranstaltungen der jüdischen Gemeinde zu erscheinen, gibt es jedes Jahr am 13. Februar eine ganze Fülle von Gedenkterminen. 25.000 „deutsche" Todesopfer (nicht wenige davon organisierte Nazis) scheinen hier mehr Aufwand zu verlangen, als 6 Millionen jüdische. Auch wenn es um die Ausgaben für Gedenkstätten geht, fällt ein Ungleichgewicht ins Auge. Während die Stadt über eine ganze Reihe von Denkmälern bezüglich ihrer Bombardierung verfügt (z. B. Trümmerfrau am Rathausplatz, weinendes Mädchen und Dresden-Stehle auf dem Heidefriedhof, Stehle alter Annenfriedhof) und kürzlich von Seiten der Stadtregierung über ein neues Denkmal für mehrere Millionen Euro nachgedacht wurde, findet sich an markanten Orten des antisemitischen Terrors, wie an dem ehemaligen Sammellager Hellerberg, nur eine Plastiktafel, angebracht aus privater Initiative.

Diese Gedenkpolitik verschärft sich noch, wenn es um jene geht, die Haft, Folter und schließlich ihr Leben riskiert und gegeben haben, um der NS-Herrschaft ein Ende zu bereiten. Es gibt keine offizielle Gedenkveranstaltung für WiderstandskämpferInnen in Dresden und auch nur wenige Gedenktafeln, die nach und nach entfernt werden. Beispielhaft ist auch der folgende Fall: Claus Schenk Graf von Stauffenberg war Antidemokrat, hohes Militär der Wehrmacht, hatte ein rassistisches Weltbild und bejahte auch privat ausdrücklich den Beginn des Zweiten Weltkrieges. 1990 benannte die Stadt eine nicht unwichtige Straße nach ihm, der Name seines Mitverschwörers Olbricht, ebenfalls hohes Militär, wurde für einen naheliegenden Platz verwendet. Im Gegenzug werden seit 1990 immer wieder Straßen mit den Namen aktiver WiderstandskämpferInnen umbenannt, augenscheinlich weil es sich bei diesen um AnarchistInnen und KommunistInnen handelte (z. B. Willy-Ermer-Platz, heute Ebertplatz oder Rudolf-Renner-Platz, heute Conertplatz). Scheinbar war der Stadtregierung seit 1990 also das Gedenken an hochrangige RassistInnen lieber, als das an linksradikale WiderstandskämpferInnen.

Dass politisch auch in anderen sächsischen Institutionen dieser Weg eingeschlagen wird, kommt einem in den Sinn, wenn sich CDU und FDP wie vergangenen Monat im Landtag der Stimmen der rechtsradikalen Partei NPD bedienen, um eine Mehrheit für die Aufhebung der Immunität des Linken-Abgeordneten André Hahn zu erreichen. Die herrschenden VertreterInnen der selbsternannten Mitte der Gesellschaft scheinen die Ideale von Freiheit, Solidarität und Selbstverwaltung mehr zu fürchten, als Rassismus, Nationalismus und die daraus folgende Gewalt gegen MigrantInnen, Homosexuelle, Alternative, Menschen jüdischen Glaubens etc. Das wird auch deutlich, wenn in Sachsen der Aufwand der Ermittlungen gegen Linke bzw. AntifaschistInnen, sowie AnarchistInnen mit denen gegen Neo-Nazis und FaschistInnen verglichen wird. Während es in den letzten Jahren zu mehreren Todesfällen, mehreren dutzend Brandanschlägen auf Geschäfte und Wohnhäuser, sowie eine

hält sich der Natur und anderen Lebewesen auf dem Planeten gegenüber absolut ignorant und stellt wirtschaftliche Interessen über den langfristigen Erhalt der Ökosysteme. Dies geschieht zum Beispiel durch das Festhalten an ineffizienten, klimaschädlichen Energiequellen wie Kohle, Erdöl oder Atomkraft, durch die systematische Abholzung von Wäldern und Vergiftung von Gewässern oder durch die Auswüchse der Agrarindustrie in der Massentierhaltung, Gentechnik oder der Überfischung der Meere.

„Aber das war doch schon immer so!"

Das ist ein gern genutztes Argument, aber das macht es dennoch nicht weniger falsch. Und das aus vielerlei Gründen, von denen zwei besonders zu nennen sind:

Zum einen war nie etwas „schon immer so". Wenn wir uns die Geschichte der Menschheit anschauen, gab es schon viele verschiedene Gesellschaftsformen, von denen viele wohl von sich selbst behauptet haben „schon immer dagewesen" zu sein und sich deshalb auch nie ändern könnten.

Doch wenn wir diese Gesellschaftsformen mit ihren Nachfolgern vergleichen, fällt uns auf, dass keine Gesellschaftsform so fest zementiert ist, dass sie ewig Bestand hat und niemals verändert werden kann. So waren Dinge, die für uns heute selbstverständlich sind, für die meisten Menschen vor 150 Jahren vollkommen undenkbar: z. B. die Sozialversorgung, das Mehrparteiensystem mit seiner parlamentarischen Demokratie, die Abschaffung der Monarchie etc. Und wenn wir von dieser Gesellschaft noch einmal 150 Jahre zurückgehen, dann wäre es für die damaligen Menschen unvorstellbar, in einer Gesellschaft zu leben, in der Gott nicht den Mittelpunkt der Welt darstellt.

Das zeigt, dass jede Gesellschaft sich ändern kann und wird. Meist waren es anfangs belächelte Ideen, die nach und nach immer mehr Menschen begeisterten oder bewegten, dass sie schließlich auch von Seiten des Staates oder der Kirche nicht mehr ignoriert oder bekämpft werden konnten und schließlich erlaubt oder anerkannt werden mussten. Dass dies nicht immer zwangsläufig fortschrittliche Formen annehmen muss, zeigen genügend Beispiele, wie z. B. die Machtübernahme durch Adolf Hitler und die NSDAP.

Im Gegenzug gibt es genügend andere Beispiele, die leider weit weniger bekannt sind, aber trotzdem ganzen Gesellschaften mehr Freiheit brachten. Beispielsweise existierten in Spanien 1936, in der Ukraine 1920 aber auch in Deutschland 1923 große Gebiete, in denen zumindest eine Zeit lang „anarchistisch" gelebt wurde, d. h. ohne Regierung und Autorität von oben, aber in gegenseitiger, gleichberechtigter Zusammenarbeit.

„Aber wie wollt ihr dann leben?"

Wir haben keinen fertigen Plan oder ein abgeschlossenes Konzept für eine vollkommen neue und andere Gesellschaft. Das wollen wir auch gar nicht, denn wir denken, dass jeder Mensch selbst entscheiden kann und soll, wie, wo und mit wem er oder sie gerne leben möchte.

Dies bedeutet jedoch nicht, das wir uns diese Gesellschaft als gesetzlosen Fleck vorstellen, in dem jeder Mensch tun und lassen kann, was er oder sie möchte, ganz ohne Rücksicht auf andere zu nehmen. Wir haben gewisse Ansprüche an die Gesellschaft, die wir uns wünschen, und einige Ideen, wie diese zu organisieren und zu gestalten sein könnte: der freiwillige Zusammenschluss von selbstbestimmten Individuen.

Das klingt zunächst kompliziert, meint aber nichts anderes als eine Gesellschaft von Menschen, die sich miteinander verbinden/organisieren können, wie sie es für richtig oder nötig erachten. Diese Gesellschaft ist nur möglich, wenn die Freiheit und die Selbstbestimmung des Einzelnen nicht durch andere eingeschränkt wird.

Oder ganz einfach gesagt: Ich kann tun was ich will, solange ich damit niemand anderem schade oder ihm oder sie in irgendeiner Art einschränke.

„Aber ohne Regierung bricht doch alles zusammen!"

Natürlich reicht eine solche Vorstellung allein nicht aus. In der heutigen Gesellschaft ist nicht alles schlecht, und die Vorzüge, die es zweifellos gibt, sollen mit der Gesellschaft, die wir uns vorstellen, nicht verschwinden. Wir finden es praktisch, dass wir Essen nicht erst selbst anbauen und ernten müssen, um satt zu werden, dass es Medikamente und medizinische Versorgung gibt und dass wir schnell und weit reisen können, ohne monatelang mit Pferden oder Schiffen unterwegs zu sein.

Aber solange diese Errungenschaften in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft genutzt werden, sind sie nun mal auf diese ausgelegt. Also darauf, Gewinn zu erwirtschaften und davon möglichst immer mehr. Das bedeutet, dass Faktoren wie Nützlichkeit, Umweltfreundlichkeit oder eine bedarfsorientierte Produktion gegenüber dem Interesse an Gewinn in den Hintergrund treten. Menschen, die nichts zum Profit der Hersteller_innen und Verkäufer_innen beitragen können (also kein Geld haben, um sich solche Produkte zu leisten), sind von vornherein davon ausgeschlossen.

Wir wünschen uns nicht, Dienstleistungen und die Produktion von Gütern abzuschaffen, sondern sie sinnvoll und an den Bedürfnissen orientiert einzusetzen und allen Menschen bedingungslos zugänglich zu machen.

Deshalb wird es auch in der Gesellschaft, die wir uns wünschen, notwendig sein, sich zu organisieren, um Bedürfnisse zu klären und Abläufe zu planen. Es sollen natürlich weiterhin Nahrungsmittel produziert, Waren hergestellt, Züge und Straßenbahnen betrieben werden oder Krankenhäuser und Arztpraxen geöffnet haben.

Aber wir sind der Überzeugung, dass wir dafür keine Regierung, Chefs oder Konzerne brauchen, die das „für uns" machen und das meist auch mehr schlecht als recht. Wir wissen selbst, was wir wollen und was am Besten für uns ist, und das kann und soll auch niemand anderes für uns entscheiden.

„Aber so funktioniert doch gar nichts mehr, oder?"

Wie oben erwähnt, haben wir kein festes Konzept, wie die Organisation einer solchen Gesellschaft aussehen soll. Was wir sicher wissen ist, wie sie nicht aussehen soll und wie sie vielleicht aussehen kann.

Zum Beispiel finden wir die Idee gut, dass sich Menschen einfach mit anderen Menschen verbinden, die in irgendeiner Art eine Rolle in ihrem Leben spielen. Das können Mitschüler_innen, Arbeitskolleg_innen oder Freund_innen, aber auch Nachbar_innen oder Mitglieder im Sportverein sein. Diese Menschen besprechen gemeinsam die Dinge, die sie in diesem Zusammenhang betreffen und finden, sofern es nötig ist, eine Entscheidung, mit der alle Beteiligten leben können. Das nennt sich dann „basisdemokratisch". Es ist eine Entscheidungsfindung, die alle Betroffenen gleichberechtigt mit in die Lösung einbezieht.

Das kann im kleinen Rahmen stattfinden, wenn sich beispielsweise alle Bewohner_innen eines Hauses regelmäßig zusammensetzen und Angelegenheiten besprechen, die das Haus betreffen. Sind von einer Angelegenheit gleich mehrere Häuser oder gar ein ganzes Viertel betroffen, bespricht zuerst jedes Haus für sich den Sachverhalt. Das Ergebnis wird dann durch Delegierte in z. B. eine Stadtteilversammlung getragen. Die Delegierten haben hierbei keine Entscheidungsmacht und feste Amtszeit, sondern sind Mittler_innen zwischen den verschiedenen Ebenen und können jederzeit abberufen werden. Durch den Einsatz von Delegierten kann die Arbeits- und Entscheidungsfähigkeit zahlenmäßig großer Gruppen, Gemeinden oder Städten erhalten werden, ohne die Belange Einzelner zu ignorieren.

Dieses Prinzip lässt sich immer weiter denken, auch für Probleme oder Entscheidungen, die weltweit getroffen werden müssen: Das Internet kann dafür ein Werkzeug sein, um Zeit zu sparen. Aber es kann natürlich auch ganz anders kommen, das entscheiden am Ende die betroffenen Menschen …

„Das klingt aber ziemlich anstrengend und zeitaufwendig!"

Natürlich klingt das zunächst anstrengend. Zumindest anstrengender, als politische Fragen einfach jemand anderem zu überlassen oder vom Chef diktiert zu bekommen, wie man seine Arbeit richtig macht. Aber wir denken, dass sich der Aufwand lohnt. Schließlich können wir uns dadurch aktiv in Prozesse einbringen, können Dinge, die uns stören, konkret angehen und sehen, dass die eigene Meinung respektiert und be-

kapitalistischen, der anarchistischen oder marxistischen Tradition entstammte. Eine neue Generation von Feministinnen – einige ihrer älteren Schwestern waren dem Buch anfangs recht kritisch gegenüber gestanden – wusste die Anerkennung zu schätzen, die Gegen die Arbeit der besonderen Rolle der Frauen als Widerständlerinnen entgegenbrachte, insbesondere ihren hohen Fehlzeiten und ihrer relativ geringen Identifikation mit dem Arbeitsplatz.7 Indem es den Produktivismus kritisch hinterfragt, ist Gegen die Arbeit nicht nur in der Lage, männlichen und weiblichen Lohnabhängigen eine gemeinsame Plattform zu bieten, sondern auch Übereinstimmungen zwischen der ArbeiterInnen- und der Ökologiebewegung zu entdecken, die ja für gewöhnlich als antagonistisch gelten. Man kann die Zurückweisung der Lohnarbeit durch die ArbeiterInnen in den 30er Jahren durchaus als Vorwegnahme der Ökologiebewegung betrachten. Während der Fabrikbesetzungen im Frühjahr 1936 unterbrachen die ArbeiterInnen die Fertigung von Automobilen – dem zentralen Konsumgut der Konsumgesellschaft – und fanden sich stattdessen in der Fabrik in kleinen Gruppen zusammen, aßen und plauderten. „Musik, Lieder und Lachen" ersetzten „das unbarmherzige Dröhnen der Maschinen".8 Diese dramatische Veränderung kann als Vorwegnahme einer ökologischen, urbanen Utopie interpretiert werden. Die Geschichte von Gegen die Arbeit ist ein Beispiel für die Wechselfälle intellektueller Produktion und Rezeption. Ein in der akademischen Welt in den USA der frühen 90er Jahre mit gemischten Kritiken rezipiertes Werk wurde eine Generation später in anderen Ländern mit mehr Begeisterung aufgenommen. Die Geschichte der Arbeit ist zu ihren im frühen 19. Jahrhundert liegenden, unakademischen Wurzeln zurückgekehrt – sowohl bei den „utopischen" als auch bei den „wissenschaftlichen" TheoretikerInnen der Arbeiterklasse. ■

Das Buch ist auf dt. erschienen:
Gegen die Arbeit. - Über die Arbeiterkämpfe in Barcelona und Paris 1936-38
Michael Seidman, Historiker der University of North Carolina, Wilmington/USA
Mit einem Vorwort von Karl Heinz Roth und Marcel van der Linden
Verlag Graswurzelrevolution. 477 Seiten, 24,90 Euro
ISBN 978-3-939045-17-5

|| FAU-Bielefeld

Wirsing, indischer Art

Zu dieser Jahreszeit bekommt ihr auf jedem Wochenmarkt frischen Wirsing aus der Region. Heute stellen wir euch ein Rezept für vier Personen vor, das in gut 15 Minuten realisiert ist. Neben einem frischen Wirsing braucht ihr:

1/2 Handvoll Rosinen, 1 Banane, Mango-Chutney,
Curry-Pulver und Balsamico sowie
1 EL Olivenöl
1 EL Honig oder Agavendicksaft (für Veganer_innen)
1 Tasse Gemüsebrühe oder Wasser und
nach Lust und Laune
Knoblauchzehe / Pepperoni / Chili / Zwiebel

Zum Wirsing könnt ihr dann noch (Curry-)Reis, Kartoffeln und/oder Naan-/Fladen-/Toastbrot oder Baguette reichen.

Reis oder Kartoffeln in Salzwasser zum Kochen bringen. Reis ggf. mit einem gehäuften Teelöffel Curry oder Kurkuma färben.

Den Wirsing klein schneiden und im Öl, ggf. mit den Lust-und-Laune-Sachen kurz anschwitzen und dann mit der Gemüsebrühe oder dem Wasser ablöschen. Die Rosinen hinzugeben und das ganze fünf Minuten köcheln lassen. Die Banane schälen und in kleine Stücke schneiden. Wirsing jetzt mit Honig/Agavensaft, Balsamico und Mango-Chutney abschmecken. Zu guter letzt die Banane unterheben und das ganze vom Herd nehmen.

Wenn ihr alles richtig gemacht habt, sollten der Wirsing und der Reis oder die Kartoffeln gleichzeitig fertig sein. Nun das Ganze nur noch schön auf die Teller bringen und zusammen mit etwas Brot servieren. ■

wirkliche Erfahrung. Viele der Arbeiten der zweiten und dritten Schicht waren schlecht ausgeführt und mussten nochmals gemacht werden. Zweitens hatte die Nachtschicht naturgemäß Probleme mit dem Licht und ihre abweichende Arbeitszeit war typischerweise viel weniger produktiv als die Tagschichten. Drittens widersetzten sich die Gewerkschaften dem Einsatz technisch fortschrittlicher Methoden und bevorzugten handwerkliche Techniken, um Arbeitsplätze zu schaffen. Sie verweigerten zum Beispiel den Einsatz von Farbspritzmaschinen.

Faktisch unterbanden die CGT-Delegierten auf der Ausstellung die Wochenendarbeit weitgehend, obwohl hochrangige CGT-FunktionärInnen versprochen hatten, Samstags- und Sonntagsarbeit im Rahmen der 40-Stunden-Woche zu erlauben. Die Delegierten und ArbeiterInnen ignorierten die Aufrufe sowohl der CGT als auch der Humanité, dass Wochenendarbeit notwendig sei, um die Ausstellung rechtzeitig zu eröffnen. Einige Wochen nach Blums Rede bestand ein Delegierter der Zimmerleute darauf, dass am Samstag und Sonntag nicht gearbeitet wird. Den MalerInnen des Amerikanischen Pavillons wurde die Erlaubnis für Wochenendarbeit versagt. Kurz darauf wurde eine elektrische Umspannanlage beschädigt, vermutlich um das Recht auf ein arbeitsfreies Wochenende zu schützen. Dem offiziellen Bericht der Ausstellung zufolge waren die GewerkschaftsführerInnen nicht in der Lage, ihre Versprechen der Wochenendarbeit „einzulösen“: „Selbst wenn eine Verständigung [über die Wochenendarbeit] erreicht wurde; […] am folgenden Samstag untersagte eine gegenteilige, oft unerklärliche Anweisung den Arbeitern das Betreten der Baustelle.“ Zudem weigerten sich die ArbeiterInnen die Tage nachzuarbeiten, die aufgrund schlechten Wetters oder durch Feiertage unter der Woche verloren gingen.“

Die zentristische Partei der Radikalen, die Königsmacherin der Regierungskoalition, entfremdete sich der Volksfront – in ihren Augen war sie für die niedrige Produktivität und die in der Folge einsetzende Inflation verantwortlich. Die Parteien der Mitte und der Rechten waren der Auffassung, die geringe Produktivität im Luftfahrtsektor schade der französischen Verteidigungsfähigkeit, da die deutschen ArbeiterInnen unter der Naziherrschaft fünfzig bis sechzig Stunden pro Woche arbeiteten, die französischen dagegen nur vierzig. Krieg und Kriegsgefahr bedeuten grundsätzlich mehr Arbeit – und gesteigerten Produktivitätsdruck für die ArbeiterInnen. Im Angesicht der zunehmenden Macht der Deutschen und der steigenden Inflation übernahm schließlich die Rechte die Regierungsgewalt und zerschlug im November 1938 die Volksfront, indem sie einen Generalstreik zur Verteidigung der 40-Stunden-Woche niederschlug.

Gegen die Arbeit kam zu dem Schluss, dass es angesichts der während der 30er Jahre in Barcelona und Paris gemachten Erfahrungen schwierig, wenn nicht sogar unmöglich sein würde, eine Arbeiterdemokratie am Arbeitsplatz zu bauen. Das Buch versuchte auch einen Beitrag zur Staatstheorie zu leisten, indem es die These vertrat, es bedürfe eines mächtigen und potentiell repressiven Staates, um die ArbeiterInnen zum Arbeiten zu bringen. In den 30er Jahren wurde der Widerstand gegen die Arbeit durch geschwächte oder nachgiebige Staaten gefördert; repressive Staaten – bürgerliche wie proletarische – hingegen verringerten die Verweigerungen. Obwohl Parteien der Arbeiterklasse und Gewerkschaften an der Regierung waren, widersetzten sich die ArbeiterInnen den Zwängen von Arbeitsraum und Arbeitszeit. In Frankreich führte der Widerstand gegen die Arbeit sogar zu wachsender Unterstützung des Faschismus und der extremen Rechten durch die VorarbeiterInnen und ManagerInnen, deren Anweisungen die ArbeiterInnen während der Volksfront missachtet hatten. In diesem Sinne war der Faschismus eine ins Extreme übersteigerte Arbeitsideologie.

Die englische Originalfassung von Gegen die Arbeit erschien 1991 und wurde uneinheitlich aufgenommen. Das akademische Interesse verebbte schon bald nach der Veröffentlichung; unter Libertären und MarxistInnen jedoch erregte das Buch im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts erneut Aufmerksamkeit. Inzwischen ist es in fünf Sprachen übersetzt worden. Die erneute Auseinandersetzung mit Gegen die Arbeit entsprach einem in der extremen Linken vorhandenen Wunsch, ihre Theorien einerseits zu verteidigen und andererseits zu revidieren. Anders als frühere Generationen von Linken, die davon ausgingen, dass die ArbeiterInnen für die Revolution arbeiten würden, sind sich viele ihrer heutigen Erben darüber im klaren, dass das größte Problem vielleicht nicht darin bestehen könnte, die Bourgeoisie zu stürzen, sondern darin, die Lohnabhängigen dazu zu bringen, für die Sache zu arbeiten. Diese Linken waren in viel höherem Maße als so mancher Wissenschaftler bereit, die These von Gegen die Arbeit zu akzeptieren, dass die ArbeiterInnenbewegung oftmals in dem Bemühen der Basis bestand, sich dem Arbeitsplatz und der Arbeitszeit zu entziehen. Neue Elemente der radikalen Linken – Gimenologues und Echanges in Frankreich, Wildcat und GWR in Germany – begrüßten die Infragestellung des Produktivismus, ob er nun der

rücksichtigt wird. Ein Leben, in dem wir nicht ständig genervt sind, weil irgendwelche Dinge an unseren Bedürfnissen vorbei entschieden werden, ist unserer Meinung nach den Mehraufwand wert.

„Aber ich hab doch dafür keine Zeit.“

Kaum jemand hat heute noch Zeit. Warum ist das so?

Schule, Ausbildung, Universität, Lohnarbeit, Jobsuche: Die meiste Zeit verbringen Menschen in ihrem Leben mit der Vorbereitung auf Arbeit, der Suche nach Arbeit und der Arbeit an sich. Seit einigen Jahren steigt die Arbeitszeit des Einzelnen wieder enorm, während gleichzeitig der Lohn immer weiter sinkt. Und das während immer mehr Menschen entweder arbeitslos sind oder in Arbeitsmaßnahmen, Minijobs oder Zeitarbeit für einen Hungerlohn schuften.

Viele Arbeitsfelder würden durch die Überwindung des Kapitalismus wegfallen. Die komplette staatliche Verwaltung, GEMA, GEZ, die Werbeindustrie, das komplette Finanzwesen, das Militär und vieles mehr. All diese freigewordene Zeit und Energie könnten wir sinnvoll nutzen.

Wir sind der Ansicht, dass das Leben zu kurz ist, um es vollständig auf Lohnarbeit auszurichten. Wir haben keine Lust mehr darauf, dass wir nur unseren Vorlieben und Hobbys nachgehen können, wenn „wir etwas dafür getan“ haben, ganz nach dem Motto: „Erst die Arbeit, dann das Vergnügen“.

Wir verstehen nicht, wieso unser Leben daraus bestehen soll, mit immer mehr Leuten, um immer weniger Arbeitsplätze zu konkurrieren, wenn wir doch alle gemeinsam die Arbeit, die getan werden muss, erledigen könnten. Gleichzeitig denken wir, dass vieles an Arbeit sowieso wegfallen würde, wenn Arbeit nicht mehr darauf ausgerichtet ist, Gewinn zu erzielen.

Wir sind der Überzeugung, dass Arbeit dazu da sein sollte, um unsere Bedürfnisse zu befriedigen. Sie soll dafür sorgen, dass wir satt und zufrieden in einem warmen, gemütlichen Bett einschlafen können und nicht mehr. Wir wollen arbeiten, um zu leben und nicht leben, um zu arbeiten.

„Also wollt ihr den ganzen Tag nur faulenzen?“

Wer würde das nicht gerne tun? Oder zumindest die Möglichkeit dazu besitzen?

Dennoch denken wir nicht, dass in einer Gesellschaft, die nicht mehr auf Arbeit, Geld und Macht ausgerichtet ist, alle Menschen nur noch herumliegen und nichts tun. Wie oft hast du dir schon gewünscht, Dinge zu tun, für die du entweder keine Zeit oder kein Geld hattest? Wie viele Orte wolltest du schon besuchen, wie oft wolltest du mehr Zeit mit Freund_innen verbringen, wie viele Bücher wolltest du schon lesen, wie viele Filme anschauen? Was, wenn es das alles nicht nur umsonst geben würde, sondern du auch plötzlich über deine Zeit selbst bestimmen könntest?

Wie viele soziale Kontakte sind eingeschlafen, wie viel Vereinsamung und Anonymität ist entstanden durch die Gleichsetzung von Arbeit und Lebenssinn und den damit einhergehenden, ständigen Konkurrenzdruck mit allen und jedem. Sei es in der Schule oder Uni um die besten Noten und somit die besten Berufsmöglichkeiten, im Berufsleben im Kampf um die besten Jobs, aber auch im Kampf um die besten und billigsten Wohnungen?

„Also geht es euch nur um weniger Arbeiten?“

Nein. Wir sind der Überzeugung, dass Lohnarbeit und der Kapitalismus zentrale und wichtige Themen sind, denn sie hindern uns an dem Leben, das wir uns vorstellen. Doch haben sich durch und neben dem Kapitalismus viele weitere Arten von Ungerechtigkeiten etabliert, mit denen wir uns eine befreite Gesellschaft auch nicht vorstellen können und wollen. Dazu gehören, z. B. alle Arten von Hierarchien und Unterdrückung, also etwa Rassismus, Sexismus, Antisemitismus, Homophobie etc. Denn wir wollen ein schönes Leben mit allen Menschen, egal welcher Hautfarbe, welcher sexuellen Orientierung oder welchen Geschlechts. Jeder Mensch soll unabhängig von diesen Attributen ein sorgenfreies Leben führen und sich an den Orten austoben können, wo und wie er oder sie das möchte.

„Also seid ihr selbstlose Samariter?“

Natürlich nicht. Denn von einem Leben, so wie wir es uns wünschen und fordern, profitieren wir natürlich auch selbst. Dennoch sind wir der Überzeugung, dass ein Leben, in dem wir uns selbstbestimmt entfalten können, nur funktioniert, wenn alle Menschen dieses Leben führen können. Denn wenn – und da wären wir wieder beim heutigen System – dies nur wenige können, entsteht Konkurrenz, weil natürlich jede_r eine_r der wenigen sein möchte.
Und die meisten bleiben auf der Strecke …

**„Warum nennt euch dann jeder Chaoten?
Ihr seid doch gar nicht so schlimm.“**

Jedes System, auf das eine Gesellschaft aufbaut, versucht natürlich sich selbst zu erhalten und sich als alternativlos, endgültig darzustellen. Das liegt zum einen im Interesse der Menschen und Strukturen, die direkt von diesem System profitieren. Im Kapitalismus und dem politischen System, das diesen stützt, sind es zunächst natürlich Wirtschaft und Politik, die sich nur durch diesen erhalten und mit dem Ende des Kapitalismus auch ihre eigene wirtschaftliche und/oder politische Macht einbüßen müssten.

Dazu kommt die Akzeptanz derer, die eigentlich auch unter die Räder des Kapitalismus geraten sind oder es mehr schlecht, als recht schaffen, sich über Wasser zu halten. Durch den wachsenden Konkurrenzdruck auf dem Arbeitsmarkt, die permanente Kürzung von Sozialleistungen usw. wurde ein umfassender Existenzkampf geschaffen, der den Blick des/der Einzelnen nur noch auf das eigene Wohlergehen, bzw. Überleben lenkt. Ideen, die auf eine solidarische und herrschaftsfreie Gesellschaft hinarbeiten, werden nicht ernst genommen. Konkreter Widerstand gegen das bestehende System wird von den meisten Menschen als chancenlos abgetan, u. a. weil wir ständig damit beschäftigt sind, selbst über die Runden zu kommen.

„Euch finde ich gut, wo kann ich beitreten?“*

Anarchismus ist keine Partei und will auch keine sein. Es gibt Gruppen, die sich selbst explizit „anarchistisch“ nennen und versuchen, die Idee des Anarchismus zu verbreiten, sich in Konflikte mit ihrer Sicht der Dinge einzumischen und eigene Projekte, die auf anarchistischen Prinzipien beruhen, zu starten. Es gibt aber auch unzählige andere Menschen, die Dinge sagen oder tun, die wir als anarchistisch bezeichnen würden, sie selbst aber nicht.

Es geht nicht darum, sich selbst ein Label zu geben, sondern erst einmal darum, die Welt und vor allem die Ungerechtigkeiten zu hinterfragen, die jeden Tag aufs Neue geschehen. Es geht darum, sich selbst zu fragen, was jetzt konkret stört und dort anzusetzen. Wenn wir davon überzeugt sind, dass eine andere, eine bessere Welt möglich ist, dann sollten wir nicht darauf warten, dass sie irgendwann einmal kommt, sondern jetzt und heute dafür einstehen. Wir müssen uns nicht der kapitalistischen Logik beugen und wegen egoistischer Interessen die Interessen aller anderen Menschen ignorieren oder gar bekämpfen. Wenn wir, statt aufeinander loszugehen, uns solidarisch zeigen und uns mit anderen Menschen vernetzen, dann können wir die ganze Bäckerei fordern und müssen uns nicht nur um die übrig gebliebenen Krümel auf dem Tisch schlagen.

Der ganze Kuchen ist für alle da. ■

Anarchistisches Netzwerk Südwest
| a-netz.org | info@a-netz.org*

stand der ArbeiterInnen mit den gleichen repressiven Mitteln wie zuvor die Kapitalisten: Der Lohn wurde an die Produktivität geknüpft und Fehlzeiten am Arbeitsplatz wurden bestraft. In vielerlei Hinsicht wiederholten die ArbeiterInnen und Führungskräfte während der Spanischen Revolution damit die Erfahrungen ihrer sowjetischen KollegInnen während und nach der Russischen Revolution.

Die Volksfront in Frankreich – eine Koalition der SozialistInnen, KommunistInnen und zentristischen Radikalen – war, anders als in Spanien, nicht revolutionär, sondern reformistisch. Die französische Bourgeoisie hatte das Modell der „bürgerlichen Revolution“ geschaffen, indem sie die Nation geeint, ein neues Verhältnis zwischen Religion und Staat eingeführt und die Produktivkräfte stetig entwickelt hatte. Die Militanten der französischen Arbeiterklasse hatten andere Pläne als die Vollendung einer Revolution der Mittelschicht. Nach dem Wahlsieg der Volksfrontkoalition brach Mitte Mai 1936 eine Welle von Fabrikbesetzungen los, welche insbesondere die Region um Paris betrafen.

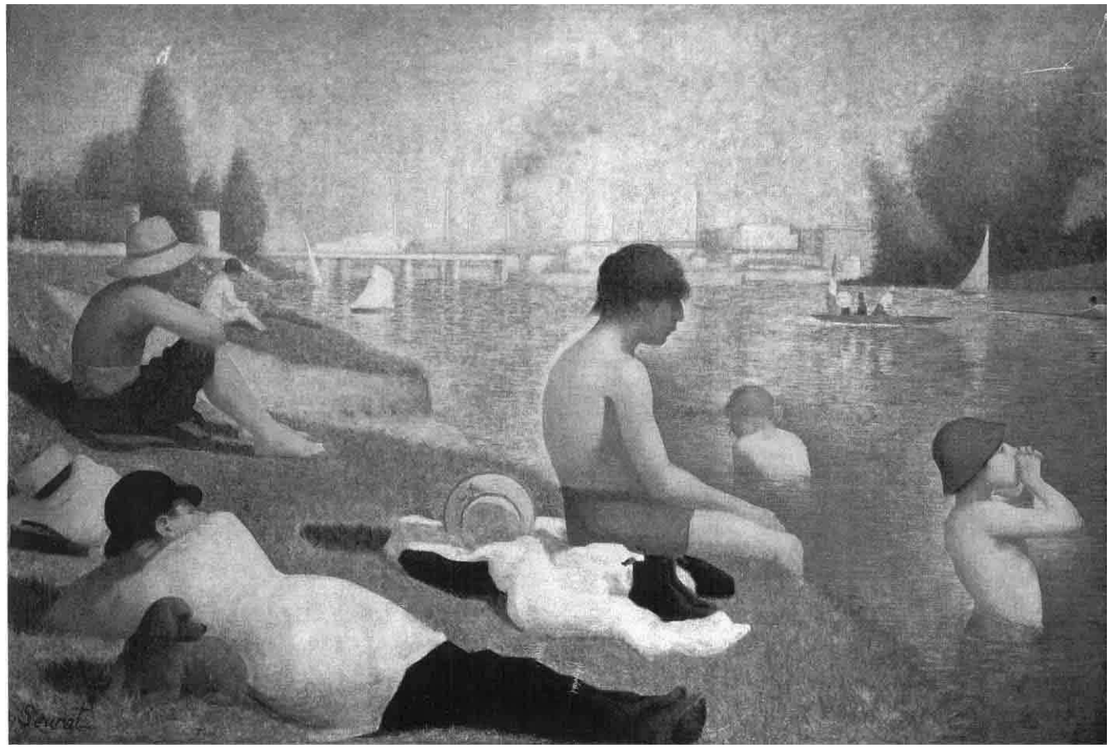
Als sie ein günstiges politisches und gesellschaftliches Klima verspürten, verließen viele ArbeiterInnen – manchmal angeführt von BasisaktivistInnen der CGT oder des PCF, manchmal auf eigene Initiative hin – im Mai und Juni 1936 unerwartet ihre Maschinen oder legten ihre Werkzeuge nieder. Wie ein Historiker der Volksfront anmerkt: „Die einzig befriedigende These ist […] die einer weitgehend spontanen Bewegung: Daher [rührte] ihre unerhörte Bedeutung – nahezu zwei Millionen Streikende. Daher auch das besonnene Verhalten der Arbeitgeber, die mit dem Strom schwammen, ohne einen Versuch ihn aufzuhalten.“ Die ArbeiterInnen waren glücklich, ja freudig, die Arbeit zu beenden und ergriffen die Gelegenheit, mit ihren KollegInnen in den stillen Fabriken zu entspannen und manchmal auch Liebesaffären zu beginnen (Frauen stellten mehr als 20 Prozent der Arbeitskräfte in der Metallverarbeitung). Obwohl viele Besetzungen spontan entstanden, begannen CGT-AktivistInnen bald, die Streikenden zu organisieren und Forderungen zu formulieren. Aktive GewerkschafterInnen sorgten mit Unterstützung der sozialistischen und kommunistischen Rathäuser für die Sicherheit und Verpflegung der ArbeiterInnen.

Im Juni 1936 wurde Léon Blum, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Premierminister und gewährte den französischen ArbeiterInnen höhere Löhne, die 40-Stunden-Woche und zwei Wochen bezahlten Urlaub. Die Lohnabhängigen aber wollten mehr. Von 1936 bis 1938 führten sie einen Guerillakrieg gegen die Arbeit. In vielen wichtigen Pariser Fabriken sank die Produktivität, während der Einfluss der Gewerkschaftsaktivisten in den Belegschaften zunahm. Die Gewerkschafter setzten niedrige Produktionsquoten durch; somit wurde die Akkordarbeit ineffektiv. Die geringen Produktionsmengen schufen für Blums Regierung und die Volksfront gewaltige politische und wirtschaftliche Probleme. Insbesondere die Verzögerungen bei der Fertigstellung zahlreicher Pavillons für die Pariser Weltausstellung 1937, die doch als Frankreichs großer Auftritt auf der globalen Bühne gedacht war, brachten Blums Regierung in große Verlegenheit. Offizielle Vertreter der Volksfrontparteien und Gewerkschaften appellierten unentwegt an die ArbeiterInnen, sich mehr anzustrengen, um das Projekt rechtzeitig abzuschließen.

Doch trotz aller öffentlicher Appelle ging die Produktion wie in Barcelona nur schleppend voran. Am 1. Februar 1937 richteten sich die wichtigsten AnführerInnen der Volksfront gemeinsam an die versammelten ArbeiterInnen der Weltausstellung. Blum erklärte: „Die Ausstellung wird ein Triumph der Arbeiterklasse, der Volksfront und der Freiheit sein. Sie wird zeigen, dass ein demokratisches Regime der Diktatur überlegen ist. […] Die Reputation der Volksfront steht auf dem Spiel und ich sage euch ganz ehrlich, dass Samstags- und Sonntagsarbeit notwendig ist.“ Der CGT-Vorsitzende Léon Jouhaux sagte der Menge, dass „Opfer gebracht werden“ müssen. Marcel Gitton, einer der höchsten PCF-Funktionäre, wandte sich an das Publikum: „Die Ausstellung wird am 1. Mai eröffnen, dem Tag der Arbeit (fête du travail). Ihr Erfolg wird die Volksfront stärken. Die Ausstellung wird ein Sieg tausender Arbeiter und all der arbeitenden Massen sein. Die Feinde der Volksfront lechzen nach dem Scheitern der Ausstellung. Die Arbeiter wollen, dass sie ein unerhörter Erfolg wird.“ Ungeachtet der Appelle und Mahnungen der Führer eröffnete die Ausstellung mit großer Verspätung. Die CGT weigerte sich, die 40-Stunden-Woche zu verlängern. So mussten zwei oder drei Schichten pro Tag organisiert werden. Die Arbeitsleistung dieser Zusatzschichten sank aufgrund verschiedener Faktoren beträchtlich. Erstens führte der Facharbeitermangel zur Einstellung unerfahrener Arbeiter für die zweite und dritte Schicht. Die CGT billigte diese Praxis vorbehaltlos und untersagte den Unternehmern sogar, einige ihrer qualifiziertesten ArbeiterInnen einzusetzen, weil diese nicht zur Gewerkschaft gehörten. Von den vier ZementarbeiterInnen, die eine Firma einstellen musste, hatte nur einer

ten. Die ModernisierungstheoretikerInnen (Peter Stearns und Charles Tilly) gingen davon aus, dass sich die ArbeiterInnen an die Industriegesellschaft anpassen und allmählich die von mir als Widerstand gegen die Arbeit oder Arbeitsverweigerung bezeichneten Handlungsweisen ablegen würden — Streiks, Bummelei, Blaumachen, Krankfeiern, Zuspätkommen, Klauen und Sabotage. Die KulturalistInnen (Gareth Stedman Jones und die PostmodernistInnen) argumentierten, dass die Sprache die Arbeit für die ArbeiterInnen sinnvoll mache. Gegen die Arbeit versuchte zu zeigen, dass keine dieser Theorien in der Lage war, den andauernden Widerstand der Arbeiter gegen die Arbeit zu erklären. Ich hatte das Wort ‚Widerstand' mit Bedacht gewählt, ich war mir seiner antifaschistischen politischen Bedeutung voll bewusst. Der Faschismus deutscher, italienischer und anderer Ausprägungen ist dem Kommunismus in seiner Vergöttlichung der Arbeit durchaus ähnlich. Wie der Kommunismus glorifiziert der Faschismus den Arbeiter, um ihn stärker auszubeuten. Die Arbeitsverweigerungsformen der ArbeiterInnen waren größtenteils gewaltfrei im Sinne der „materialistischen Gewaltlosigkeit". Indem sie die Fabrik- und Verwaltungshierarchien in Frage stellten, waren sie zugleich implizit und explizit egalitär. Selbstverständlich ist jeder Streik eine Weigerung, Lohnarbeit auszuführen.

Formen des Widerstands gegen die Arbeit wiederholen diese Verweigerungen in dem Versuch, Arbeitsplatz und Arbeitszeit zu meiden. Sie negieren tatsächlich auf Graswurzelebene die Bedingungen der Lohnarbeit. Paradoxerweise wurden diese Verweigerungen während der Volksfront der späten 30er-Jahre in Frankreich und Spanien, genauer gesagt von 1936 bis 1938 in Barcelona und Paris, als die Linke die politische Macht in den Händen hielt, fortgesetzt oder sogar verstärkt. Gegen die Arbeit setzte sich mit den Gesellschaftstheorien François Guizots und Karl Marx' auseinander. Beide untersuchten die Herausbildung sozialer Klassen und die zwischen ihnen bestehende Beziehung. Die Spanische Revolution und der Bürgerkrieg brachen im Juli 1936 in einem Land aus, in dem, ähnlich wie in Russland und China, die Bourgeoisie schwach gewesen war, unfähig, die „bürgerliche Revolution", d. h. die Schaffung eines geeinten Nationalstaats, die Entwicklung der Produktionsmittel und die Trennung zwischen Staat und Kirche sowie zwischen Militär und Zivilregierung, zu vollenden. In Barcelona übernahmen revolutionäre AnarchosyndikalistInnen, KommunistInnen und SozialistInnen die Leitung der Fabriken, sahen sich jedoch mit Streiks, Bummelei, Blaumachen, Krankfeiern, Gleichgültigkeit und geringer Produktivität auf Seiten der gewöhnlichen ArbeiterInnen konfrontiert. Die Militanten der Parteien und Gewerkschaften beantworteten den Wider-



Nachrichten aus der Föderation

Es ist uns eine große Freude euch mitzuteilen, dass die Anarchistische Gruppe Neukölln der Anarchistischen Föderation Berlin (http://afb.blogsport.de) beigetreten ist – und damit auch dem Forum deutschsprachiger AnarchistInnen (FdA).

Mit ihren eigenen Worten:

Wir freuen uns euch mitzuteilen, dass wir seit November 2011 Teil der Anarchistischen Föderation Berlin sind. Wir hoffen auf eine gute Zusammenarbeit mit den anderen organisierten Gruppen, in der Anarchistischen Föderation Berlin (AFB) und im Forum deutschsprachiger Anarchist_innen (FdA), sowie auf internationaler Ebene in der Internationale der Anarchistischen Föderationen (IFA). Wir freuen uns auf die gemeinsamen Projekte.

Auf in eine ungewisse Zukunft,
preguntando caminamos … ■

„New Kids on the Blog"

Wir sind eine anarchistisch-syndikalistisch organisierte Gruppe und haben uns gegründet, um selbstverwaltete und herrschaftskritische (anti-)politische Arbeit in Köln und Umgebung zu leisten.

Wir sprechen uns klar gegen die herrschenden Zustände und deren Verteidiger aus. Wir kritisieren klar und deutlich die kapitalistische Produktionsweise und ihre darauf folgenden Konsequenzen. Es darf nicht sein, dass eine kleine herrschende Klasse, getrieben durch reine Profitgier und Machtgeilheit, eine absolut lebensverachtende Politik betreibt und sie ungestört für ihre eigenen Interessen erhalten kann.

Nach unserem Verständnis bietet die klassen- und herrschaftslose Ordnung die einzige alternative zum bestehenden System. Klar ist für uns, dass es in einer emanzipierten Gesellschaft mehr bedarf als nur einer guten Organisationsform. Die neue Gesellschaft muss lernen, sämtliche Lebensbereiche nach freiheitlichem Vorbild neu zu gestalten.

Föderalistische Organisierung, Entscheidungsfindung im Konsensprinzip und gegenseitige Hilfe als gesellschaftliche Ethik sind Basis einer freien Welt.

Derzeit arbeiten wir an unserer Vernetzung innerhalb Kölns, den anliegenden Städten sowie dem ASJ Netzwerk. Außerdem haben wir uns dazu entschieden, verschiedene Syndikate mit unterschiedlichen Themen-Schwerpunkten aufzubauen, an dem sich auch Menschen außerhalb der Gruppe beteiligen können. Damit wollen wir erreichen, dass die Barriere für interessierte Menschen klein ist, da wir uns als offene Gruppe verstehen. Generell wollen wir aus dem Szene-Sumpf herausbrechen und möglichst viele Menschen mit unterschiedlichen Lebensrealitäten ansprechen. Momentan befindet sich unser erstes Syndikat in der Entstehungsphase: Das Selbstorganisations-Syndikat. Das Selbstorganisations-Syndikat wird sich damit beschäftigen, unsere Lebensumstände in die eigenen Hände zu nehmen und vor allem damit, wie wir möglichst viel selbst herstellen, um wenigstens ein Stück aus der kapitalistischen Produktion(slogik) herauszubrechen. Dabei ist alles denkbar, was diesem Ziel dienlich ist!

Wir stehen ein gegen jede Ausübung/Auslebung von Herrschaft und machen uns stark gegen jede totalitäre Weltanschauung. Wir sehen uns als absolute Feinde autoritärer, faschistoider Ideologien jeglicher Couleur.

Wir solidarisieren uns mit allen freiheitlichen, im Kampf stehenden Menschen regional, wie inter-(anti-)national, dennoch in keinster Weise mit Nationen oder ähnlichen Konstrukten, die den Schutzraum und die Sehnsucht des Einzelnen für ihre eigenen Zwecke missbrauchen.

Daher kämpfen wir für eine Perspektive
in anarchistischer Tradition. ■

Webseite: *asjkoeln.blogsport.de*

Kontakt-E-Mail: *asjkoeln@riseup.net*

Yet Another Anarchist Blog

Seit September 2010 existiert nun schon ein weiterer anarchistischer Blog – Yet Another Anarchist Blog – oder kurz: YAAB. In dieser Zeit sind die unterschiedlichste Text- und Inhaltsformen durchgespielt worden: von Kommentaren über Rezensionen zu Präsentationen und Essays.

Das Ziel des Blogs war und ist dabei anarchistische Theorie öffentlich zu machen, mit aktuellen Diskursen und Ereignissen in Kontext zu setzen und so insgesamt voranzutreiben. Hier stellt sich die Frage, welche anarchistische Theorie den vorangetrieben werden soll: individualistische, kollektivistische, syndikalistische, etc, etc. Die Antwort: Meine anarchistische Theorie. Dieser Ansatz mag individualistisch wirken (und steht sicherlich in der Linie von Stirners Egoismus), er steht auch in der Nachfolge des Anarchismus ohne Adjektive.

Obwohl meine anarchistische Theorie stark an ihre Eigenheit gebunden ist, kann das Ziel dennoch nicht nur von meiner Seite erfüllt werden. Eine aktive Leser_innenschaft ist notwendig, um Kritik zu äußern, Inhalte zu verbreiten und nicht zuletzt mich zu motivieren. Die Kommentarfunktion steht offen, ist aber nicht die einzige Möglichkeit Kontakt aufzunehmen oder beizutragen.

Eine damit eng verknüpfte Hoffnung, die bei dem Betreiben des Blogs und dem Schreiben dieser Präsentation mitspielt, aber sich bis jetzt nicht erfüllt hat, ist, andere Anarchist_innen dazu zu motivieren, selbst einen Blog zu beginnen und einen Chor von abweichenden Stimmen zu bilden. Je mehr Stimmen, desto breiter und ausdifferenzierter unsere Positionen. Jeder Blick schafft neue Blickwinkel.

Und hier schließt sich der Kreis, es soll nicht bei Meiner anarchistischen Theorie bleiben, sondern sie soll angeeignet werden und Unsere Theorie soll sich herausbilden.

Noch ist das Wunschdenken. Daher mein ganz persönlicher Aufruf: Geht auf HYPERLINK „http://yaab.noblogs.org“ yaab.noblogs.org und schaut es euch zumindest einmal an. Schreibt Kommentare zu dem, was ihr vorfindet. Verlinkt und verbreitet, was euch gefällt. Geht auf HYPERLINK „http://noblogs.org“ noblogs.org und eröffnet euren eigenen Blog. Wer zudem ein Interesse an Vernetzung hat, kann eine E-Mail an tuli@riseup.net schreiben. Gemeinsam sind wir noch ein Stückchen lauter. ■

„Das AnArchiv“
Anarchistisches Dokumentationszentrum

„Das AnArchiv“ ist eine umfangreiche Sammlung von Dokumenten, Zeitschriften und Literatur zum Anarchismus mit deutschsprachigem Schwerpunkt, das im Jahre 1971 von Horst Stowasser in Wetzlar gegründet wurde.

Es besteht aus verschiedenen Teilen mit verschiedenen Schwerpunkten. Die Bibliothek umfasst ca. 5000 Bände zum Anarchismus, Anarchosyndikalismus und verwandten Gebieten. Angefangen bei Erstausgaben und historischen Ausgaben von wichtigen Werken aus dem 19. Jahrhundert bis hin zu Aktuellem.

Das eigentliche Archiv unterteilt sich in einen historischen Teil mit Zeitungen, Zeitschriften und Flugschriften vom Ende des 19. Jahrhunderts bis in die Fünfzigerjahre. Hier ist der deutliche Schwerpunkt bei deutschsprachigen Veröffentlichungen (z. B. „Der Syndikalist“, „Die Morgenröte“ etc.). Dies ist, nach Aussage von befreundeten Historikern, wohl der wissenschaftlich interessanteste Teil. Es gibt aber auch ein größeres Kontingent aus den Bewegungen in anderen europäischen Ländern („Solidaridad Obrera“, italienische Zeitungen etc.). Ein kleinerer Teil kommt aus dem Rest der Welt, vornehmlich aus Südamerika, aber auch aus Afrika, Asien und sogar Australien. Zeitgeschichtlich sicherlich sehr bedeutsam ist der letzte Teil, eine (nahezu vollständige!) Sammlung von Veröffentlichungen der anarchistischen Bewegung in der Bundesrepublik ab ca. 1968. Hier hat Horst wirklich akribisch alles zusammengetragen, auch was von noch so kleinen Gruppen in noch so kleinen Kleinstädten veröffentlicht wurde. Nicht nur Zeitungen und Broschüren, sondern auch Aufkleber, Plakate, Raubdrucke, Sitzungsprotokolle, Diskussionspapiere, Musik, Filme etc. finden sich hier.

Kunst der Frente Popular zielte darauf ab, den Arbeiterwiderstand gegen die Arbeit zu verringern, der (wie wir sehen werden) eines der drängendsten Probleme für die gesamte Linke war. Barcelonas ArbeiterInnen waren dafür bekannt, an Feiertagen und insbesondere in der Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr nicht zur Arbeit zu erscheinen. Die PSUC reagierte auf einen solchen Absentismus mit einem Plakat, das einen Soldaten zeigte, dessen Bajonett den Samstag auf einem Kalender zerschneidet. Der Titel des Plakats rief zum Ende der Festlichkeiten auf und forderte, dass ein neuer „Kriegskalender“ zu gelten habe. Eine andere Darstellung forderte, dass der Erste Mai nicht Feiertag, sondern ein Tag der „Intensivierung der Produktion“ sein solle. Manchmal setzten spanische AktivistInnen exzessives Trinken und Faulheit mit Sabotage und gar Faschismus gleich. Ein Plakat der CNT, das in Barcelona für das Departamento de orden público de Aragon hergestellt wurde, stellte einen dicken Mann dar, der eine Zigarette raucht und sich, scheinbar auf dem Land, gemütlich ausruhte. Die Farben dieses Werk waren andere als die der meisten Plakate: die Gestalt war nicht rot oder schwarz, sondern gelb und reflektierte die Farbtöne des sonnigen Spanien. Am unteren Rand stand zu lesen: Der faule Mann ist ein Faschist. Ein weiteres CNT-Plakat, wiederum für die GenossInnen in Aragonien, zeigte ebenfalls einen Mann, der eine Zigarette rauchte – ein Symbol, da mag man spekulieren, für Gleichgültigkeit und Frechheit, denn engagierte ArbeiterInnen und SoldatInnen wurden nicht rauchend gezeigt. Dieser Mann war von großen Weinflaschen umgeben, und das Plakat führte den Schriftzug: „Ein Betrunkener ist ein Parasit. Schalten wir ihn aus.“ In einer Zeit, in der die Drohung mit Eliminierung nicht immer nur ein Ausspruch blieb und in der Arbeitslager für FeindInnen und Teilnahmslose durchaus in Betrieb waren, war diese Zeile besonders starker Tobak.

Sowohl MarxistInnen als auch AnarchosyndikalistInnen standen den Unproduktiven feindlich gegenüber. Eine Vielzahl von Plakaten griff das Problem der Gleichgültigkeit der ArbeiterInnen auf. Eines zeigte eine starke rote Gestalt, die mit einer Schaufel im Boden grub und Arbeiter bat, sich freiwillig den Arbeitsbrigaden anzuschließen. Viele dieser Brigaden wurden 1937 obligatorisch. Ein anderes Plakat, aus Madrid, forderte versehrte VeteranInnen auf, den Kampf durch Arbeit in den Fabriken zu unterstützen und damit bisher unverletzte ArbeiterInnen für den Kampf freizusetzen. Ein drittes enthielt den sehr direkten Aufruf: „Arbeiter, Arbeite und Wir werden siegen.“ Es zeigte eine rote Gestalt mit freiem, gut gebauten Oberkörper, Schmied oder Metallarbeiter, zu dessen Füßen eine Reihe von Soldaten ihre Waffen auf den Feind abfeuerte.”

Als Gegen die Arbeit im Jahr 1991 veröffentlicht wurde, forderten seine ikonoklastischen Argumente alle drei in den Achtzigerjahren maßgeblichen Schulen angloamerikanischer Arbeitergeschichtsschreibung in die Schranken: Marxismus, Modernisierungstheorie und Kulturalismus. Die MarxistInnen (E. P. Thompson, Eric Hobsbawm und Herbert Gutman) postulierten die fortschreitende Entwicklung des Klassenbewusstseins, welche die ArbeiterInnen und ihre VertreterInnen in die Lage versetzen würde, die Produktivkräfte effizient zu verwal-

Arbeitsverweigerung zu verringern, griff die Spanische Revolution zu intensiver Propaganda. Ihren deutlichsten Ausdruck fand sie in den Postern der „spanischen Linken – der KommunistInnen, SozialistInnen und AnarchosyndikalistInnen. Die großen Organisationen verwandten erstaunlich viel Zeit und Geld auf die Herstellung dieser Propaganda, auch dann noch, als Papier und andere Ressourcen knapp und teuer geworden waren. Viele der PlakatkünstlerInnen waren schon vor der Revolution in der Werbebranche tätig gewesen, und sie arbeiteten nicht nur für eine, sondern für mehrere Organisationen. So entwarf etwa ein Funktionär der Gewerkschaft der BerufsdesignerInnen Poster für die CNT, die UGT, die PSUC und die Generalitat. Seine Gewerkschaft stellte sogar für den POUM, die unabhängige kommunistische Organisation, Plakate her. Es entstand ein ökumenischer Stil, der (trotz leichter thematischer Unterschiede) sowohl die ArbeiterInnen als auch die Produktivkräfte in nahezu identischer Weise darstellte. Selbst als sich AnarchosyndikalistInnen und KommunistInnen im Mai 1937 in den Straßen von Barcelona gegenseitig umbrachten, blieb die ästhetische Einheit der Volksfront bestehen. Ideologische Auseinandersetzungen und Machtkämpfe hinderten konkurrierende Organisationen nicht, ähnliche Darstellungen ihrer vorgeblichen Basis zu akzeptieren. Die ArbeiterInnen auf diesen Plakaten (die im Stil dem sowjetischen Sozialistischen Realismus stark ähneln) arbeiten, kämpfen oder sterben für die Sache. Diese Männer und, gleichbedeutend, Frauen – denn in der spanischen Revolution waren Männer und Frauen im Krieg und bei der Arbeit theoretisch gleichgestellt – kämpften immer heldenhaft und unermüdlich für den Sieg der Revolution oder der Zweiten Republik: auf dem Lande, in den Fabriken und auf dem Schlachtfeld. Tatsächlich war auf vielen Plakaten das Geschlecht der Person fast unbestimmbar. Wichtig waren weder die Eigenschaften noch der Charakter der dargestellten Individuen, sondern ihre Funktion als SoldatIn oder ArbeiterIn. Der spanische sozialistische Realismus stand für die fortschreitende „Vermännlichung der Ikonografie der Arbeiterbewegung“. Ein Plakat der CNT, das Pessimismus und Mutlosigkeit bekämpfen sollte, zeigte zwei Gestalten, einen Mann und eine Frau, die einander glichen. Beide hatten riesige Unter- und Oberarme, breite Schultern und sehr kleine Köpfe. Damit wurde ausgedrückt, dass körperliche, nicht geistige Anstrengungen von ihnen verlangt wurden. Die Gestalten waren fast identisch, abgesehen davon, dass eine längere Haare und einen unscheinbaren Busen hatte – die einzigen Hinweise auf Weiblichkeit in dem Bild. Ein Detail kennzeichnete die andere Gestalt: hochgekrempelte Ärmel, ein leicht erkennbares Symbol für Handarbeit. Diese Kunst befasste sich einzig und allein mit der konstruktiven oder destruktiven Fähigkeit ihrer Subjekte, die gleichzeitig ihre Objekte waren. Die KünstlerInnen verwischten die Differenzen zwischen SoldatInnen und ProduzentInnen, zwischen Rüstungs- und ziviler Industrie ebenso sehr wie die zwischen Mann und Frau. Ein Plakat der PSUC setzte die Industrie in Kriegs- und Friedenszeiten in eins. In dem Bild formen die langen Schornsteine die Silhouette großer Kanonen. Ein berühmtes CNT-Plakat transportierte die gleiche Aussage: im Vordergrund ein Soldat, der sein Gewehr abfeuert; er ergänzt einen Arbeiter im Hintergrund, der mit einer Sichel Weizen erntet, an sich schon ein Symbol der Arbeit in der sozialistisch-realistischen Ikonografie. Die Figuren wären ununterscheidbar, wären da nicht ihre Gerätschaften und ihre Körperhaltung. Lebendiges Rot und Schwarz, die Farben der anarchistischen Bewegung, verstärkten das Profil der mächtigen ArbeiterInnen. Die Titelzeile lautete: Genosse, arbeite und kämpfe für die Revolution. Niemals bildeten die KünstlerInnen die ArbeiterInnen und SoldatInnen auf den Plakaten müde, hungrig oder krank ab. Die Produktionsmittel – die Fabriken, Höfe und Werkstätten – wurden, ganz gleich wie hässlich sie waren, ebenso idealisiert wie die mutigen, starken und kraftstrotzenden Männer und Frauen, die für die Sache lebten und starben. Diese Darstellung der Produktivkräfte spiegelte den Produktivismus der Linken und ihren Modernisierungswillen. Die Maschinen und die Menschheit waren heldenhaft und überlebensgroß.

In Anbetracht der marxistischen und anarchosyndikalistischen Konzeption des/der Arbeiters/Arbeiterin ist es kaum verwunderlich, dass die revolutionäre Kunst dessen produktive Eigenschaften unterstreichen musste. Diese Ideologien, welche die Arbeit und den Arbeiter verherrlichten, stellten die weiblichen und männlichen Lohnarbeiter durchweg als muskulöse und mächtige Wesen dar, die Gegenstände sowohl für den Konsum als auch für den Kampf zu schaffen in der Lage waren. Daher die Bedeutung des Armes und insbesondere der Hand, ein Symbol des homo faber und Mittelpunkt vieler Darstellungen. Die Interpretation der Plakate hilft uns zu verstehen, wie einerseits MarxistInnen und AnarchosyndikalistInnen sich die Arbeiterklasse im wahrsten Sinne des Wortes vorstellten, und wie die RevolutionärInnen andererseits auf das reale Verhalten der ArbeiterInnen während des Bürgerkriegs und der Revolution reagierten. Der spanische sozialistische Realismus versuchte die ArbeiterInnen zu überzeugen: vom Kämpfen, vom Arbeiten und dem Sinn größerer Opfer. Es war Propaganda, die keinen Humor kannte und manchmal etwas Bedrohliches hatte. Die

Im Rahmen vom „Projekt A“ zog „Das AnArchiv“ 1989 zusammen mit Horst nach Neustadt an der Weinstraße in die Wohngemeinschaft „Errico Malatesta“ in der Hauptstraße. Über die nächsten Jahre wuchs es, dehnte sich über die Wohnung der WG, die mit der Zeit nur noch von Horst und dem AnArchiv bewohnt wurde, aus, eroberte die Nachbarwohnung, Teile des Speichers, fast den ganzen Keller.

Nach einer größeren Hilfs- und Unterstützungsaktion konnte „Das AnArchiv“ im November 2004 dann seine offizielle Neueröffnung in schön renovierten, neu hergerichteten Räumen feiern. Es gab ein kleines Zimmer für Gäste von außerhalb, beleuchtete Regale (Danke an Uli für die gesamte Elektrik!), Vitrinen für die wertvolleren „Exponate“ wie Erstausgaben von bedeutenden Werken etc., aber auch geordnete und gut zugängliche Archivräume für die Sammlung von historischen und zeitgeschichtlichen Zeitungen und Flugschriften im Keller.

Kurz darauf verschlimmerte sich Horsts Kinderlähmung schlagartig, er musste seinen Job aufgeben, konnte die Miete für die Räumlichkeiten nicht mehr aufbringen, ein Auszug stand an. Bei einem Treffen der Mitglieder des „Max-Nettlau-Institutes“, eines Unterstützungsvereins, der sich um Horst und „Das AnArchiv“ gegründet hatte, wurde der Gedanke geboren, ein Wohnprojekt ins Leben zu rufen, in dem „Das AnArchiv“ zusammen mit etlichen Menschen ein neues Zuhause finden sollte.

Anfang 2005 lief dann „Projekt A / Plan B“ an. Viele Menschen kamen zusammen, GenossInnen und NichtgenossInnen, Pläne wurden geschmiedet, Häuser, alte Fabriken und Winzerhöfe besichtigt. Horst zog vorläufig in eine kleinere Wohnung, „Das AnArchiv“ wurde in Kisten und Kästen verpackt und in einer großen Halle eingelagert. Hier sollte es, so die Überlegung, bis zu seinem Einzug im Wohnprojekt verbleiben. Zwei Jahre waren angedacht.

Doch dann kam alles anders als geplant. Das Wohnprojekt, das sich mittlerweile im „Eilhardshof“ im Neustadter Schöntal konkretisiert hatte, geriet in finanzielle Schwierigkeiten, die handelnden Personen hatten zum Großteil gewechselt; es wurde in Frage gestellt, ob das AnArchiv überhaupt Teil des Projektes sei und ob dort Platz dafür vorgesehen werden sollte.

Dann, am 30. August 2009, die für alle unfassbare Nachricht „Horst ist tot!“. Zunächst unter den FreundInnen und GenossInnen in Neustadt, auch in der UnterstützerInnengruppe, lähmende Trauer. „Das AnArchiv“ war und blieb eingelagert, bei Horsts Bruder Klaus, das war Glück im Unglück; es konnte dort bleiben, nichts musste zunächst neu geregelt oder umgelagert werden, niemand rührte daran.

Doch dann stand ein Umzug in neue Räumlichkeiten an, die Gruppe musste sich nun wieder der Realität stellen, sich mit den neuen Gegebenheiten befassen. Es hatte vorher schon immer wieder Interesse gegeben, es wurde angefragt, wann „Das AnArchiv“ wieder zu benutzen sei, Hilfe und Unterstützung war angeboten worden.

Anfang 2011 formierte sich schließlich eine neue, größere Gruppe, Leute vom alten „Max-Nettlau-Institut“, aber auch weitere Interessierte, und beschloss, „Das AnArchiv“ wieder zugänglich zu machen. Nach einigen vorbereitenden Treffen wurde ein neuer Unterstützungsverein ins Leben gerufen, die Bestände wurden ausgepackt, gesichtet und provisorisch sortiert, eine neue Unterkunft wurde gesucht und schließlich auch gefunden.

Derzeit werden die Bestände in das neue Heim, das Haus eines Genossen nach Speyer, gebracht; die Regale, Vitrinen etc. werden restauriert und aufgebaut, wieder mit Bücher gefüllt, die Archivkästen geordnet und gestapelt. Es soll aber auch eine Internetpräsenz geschaffen werden, es ist an Veröffentlichungen, sowohl im Internet als auch in Buch- und Broschürenform gedacht, der Unterstützungsverein soll weiter ausgebaut werden, um eine stabile finanzielle Grundlage für die weitere Arbeit zu haben.

„Das AnArchiv“ soll wieder
an die Öffentlichkeit treten! ■

Klaus aus Neustadt

IAA: Die kapitalistische Krise betreffend

Die Vereinigten Staaten haben sich seit dem Zweiten Weltkrieg im Zentrum des internationalen Finanzsystems befunden. Der Dollar hatte als internationale Leitwährung gedient und die USA hatten als das führende Imperium auch ungeheuere Gewinne aus ihrer Rolle als oberste Kapitalmacht gezogen. Heutzutage stehen dieses Imperium und der Kapitalismus auf wackligem Grund und die Bankenkrise hat sich zu einer ernsthaften Staatsschuldenkrise entwickelt.

Ohne Zweifel hatte die Finanzkrise von 2008 ihren Ursprung in den USA. Die Geschichte zeigt, dass bei einer Bedrohung des Zentrums der Erhalt des Systems einen Vorrang vor allen anderen Überlegungen bekommt. Das Sekretariat der Internationalen Arbeiter/innen-Assoziation (IAA) hatte in seiner Stellungnahme zum Ersten Mai 2010 geschrieben [siehe auch http://anarchosyndikalismus.org/international/1mai2010/]:

„Es gibt Informationen darüber, dass das US-amerikanische und britische Finanzkapital die Spekulation in die Wirtschaft anderer Ländern als eine Waffe gegen die Konkurrenz benutzt. Verschiedene anglo-amerikanische Geldgeber sind der Ansicht, dass ein Ablenkungsangriff auf den Euro – beginnend mit einigen schwachen Ökonomien im Mittelmeerraum oder Südeuropa – ein ideales Mittel wäre, den Druck auf den angeschlagenen US-Dollar zu mindern, der im November 2009 auf einem Rekordtiefstand angekommen war."

Seitdem und immer noch gibt es eine Pressekampagne gegen die sogenannten PIIGS-Länder: Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien. Diese Angriffe, sowie die Proteste der Arbeiter/innen und der Bevölkerung dagegen, haben mittlerweile nicht nur in Griechenland, sondern auch in den anderen PIIGS-Staaten stattgefunden.

Doch dieser Wettlauf lässt nicht nach, er wird noch schlimmer: Griechenland mit seinen unendlichen Sparprogrammen, Spanien mit Kürzungen und neuen Arbeitsmarkt-„Reformen", und Italien bereitet gewaltige Sozialkürzungen und ein höheres Rentenalter vor. Kürzlich hat die portugiesische Regierung weitere Sparmaßnahmen angekündigt, auch Irland und Frankreich planen weitere Einschnitte in die bereits gekürzten Haushalte. Außerdem sind große Einsparungen in Großbritannien auf den Weg gebracht worden. Ein ernsthafter wirtschaftlicher Zusammenbruch und Abschwung in Europa wird sich nicht nur als Boomerang gegen die USA wenden, sondern auch in Asien (z. B. Japan) Folgen haben. Die Länder Lateinamerikas, welche mit den USA, der Europäischen Union und Asien Handel treiben, werden ebenfalls diese Probleme zu spüren bekommen …Die USA stehen im Wettbewerb gegen China und die aufstrebenden Wirtschaftsmächte, wobei sie kürzlich das Treffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftskooperation (APEC) in Honolulu nutzen, um ihre eigene Initiative namens Trans-Pazifische Partnerschaft (TPP) zu bewerben. Sie verhandeln bereits mit Chile, Neuseeland, Singapur und Brunei, außerdem haben Australien, Vietnam, Malaysia, Peru und Japan Interesse gezeigt.

Diese Angriffe müssen auch im Zusammenhang mit einem anderen wichtigen Thema gesehen werden: Da das Großkapital der Motor hinter dem Projekt Europäische Union war, wird nun Druck aufgebaut, um einen gemeinsamen Markt mit den Vereinigten Staaten aufzubauen. Besonders seit dem Amtsantritt von Angela Merkel in Deutschland im Jahr 2005 wurde diese Initiative vorangebracht. Die USA und die EU haben daraufhin im April 2006 auf einem Gipfeltreffen in Washington ein Abkommen zur Gründung einer neuen Transatlantischen Wirtschaftspartnerschaft unterzeichnet.

Sie einigten sich darauf einen Wirtschaftsrat zur Förderung übereinstimmener Regulierungen in fast 40 Bereichen einzuführen, inklusive Sicherheit, geistigem Eigentum, Finanzdienstleistungen, Geschäftsübernahmen, Luftfahrt- und Motorindustrie. Die Einführung dieses Gemeinschaftsmarkt ist für 2015 geplant und die Europäische Union hat bereits im Mai 2008 eine formelle Entscheidung dazu getroffen. Kürzlich haben einige multinationale Konzerne, welche durch den Transatlantischen Geschäftsdialog (TABD, siehe Anhang) repräsentiert werden, vor dem Ministerialtreffen der G20-Staaten im Oktober und auf dem G20-Gipfel am 3./4. November 2011 in Cannes ihre Forderungen nach mehr Marktfreiheit und De-Regulierung vorgebracht. Die Sparprogramme in der EU und die Entwicklung eines gemeinsamen Marktes machen es deutlich einfacher, die US-Politik gegenüber dem europäischen System durchzusetzen, da die USA und Großbritannien das Finanzkapital und die meisten Großkonzerne dominieren. Die USA haben außerdem die Führungsrolle im Internationalen Währungsfonds (IWF), der Tag für Tag einen stärkeren Zugriff auf die Länder der EU hat. Diese Strukturreformen werden nämlich einen Prozess der Anpassung der europäischen Sozialstandards, Arbeitsbedingungen und Wohlfahrt an jene in den USA einleiten. Die bü-

Aber wie so viele ihrer bolschewistischen GegnerInnen vertraten diese RätekommunistInnen des frühen zwanzigsten Jahrhunderts eine produktivistische Auffassung der Revolution. Sie gingen davon aus, dass die ArbeiterInnen die unter ihrer Kontrolle stehenden landwirtschaftlichen Betriebe und Fabriken effizient verwalten würden. Das rätekommunistische Projekt stand im Gegensatz zum Geist der ArbeitsgegnerInnen, deren neu belebter ouvriérisme der 70er-Jahre postulierte: „Die Arbeit ist der Fluch der trinkenden Klasse." Die situationistische Parole „Arbeitet niemals!" übte auf viele dieser jungen Linken eine große Anziehungskraft aus. Der spielerische Geist der situs wandte sich gegen die Verwandlung von KünstlerInnen in ArbeiterInnen, wie sie in den kommunistischen Staaten stattgefunden hatte, und wollte stattdessen ArbeiterInnen in KünstlerInnen verwandeln. Die SituationistInnen waren zweifellos klug und provokativ, aber es blieb fraglich, ob sie oder irgendeine andere linke Gruppe die Spannung zwischen Arbeiterselbstverwaltung und den unvermeidlichen gesellschaftlichen Produktionsanforderungen aufheben konnten. Bezeichnenderweise mythologisierten gerade die situs die während des Spanischen Bürgerkriegs von AnarchistInnen und MarxistInnen gegründeten Kollektive als den Höhepunkt menschlicher Errungenschaften. Sie ignorierten die produktivistische Denkweise der AnarchosyndikalistInnen ebenso wie den Widerstand der ArbeiterInnen.

„Diego Abad de Santillán – ein Anführer und Theoretiker der CNT, der sie später, während der Revolution in der katalanischen Regionalregierung, der Generalitat, repräsentierte – stand beispielhaft für die Verschiebungen in der anarchosyndikalistischen Ideologie Spaniens. Santillán hatte zunächst der ländlichen Gemeinde den Vorzug gegeben und sich gegen die Dominanz des sindicato (Gewerkschaft) in der anarchistischen Bewegung gewandt; wurde dann aber zu einem der energischsten Verfechter des sindicato als Basis für die Revolution. Auch wandelte er sich vom eifrigen Kritiker kapitalistischer Technologie und Arbeitsorganisation zum enthusiastischen Befürworter derselben. Noch 1931 schrieb er, der „moderne Industrialismus nach dem Muster von Ford ist reiner Faschismus, rechtmäßiger Despotismus. In den großen rationalisierten Fabriken ist das Individuum nichts, die Maschine alles. Diejenigen unter uns, die die Freiheit lieben, sind nicht nur Feinde des staatlichen Faschismus, sondern auch des wirtschaftlichen Faschismus." Schon zwei Jahre später, 1933, beschrieb Santillán die moderne Industrie als eine Quelle des Stolzes für die Menschheit, weil sie zur Beherrschung der Natur geführt habe. Er bemerkte anerkennend, dass die Taylorisierung die „unproduktiven Bewegungen des Einzelnen" beseitigt und „seine Produktivität" gesteigert hätte:

„Es ist nicht nötig, die derzeitige technische Organisation der kapitalistischen Gesellschaft zu zerstören, sondern wir müssen sie nutzen. Die Revolution wird der Fabrik als Privateigentum ein Ende bereiten. Aber wenn die Fabrik bestehen und, unserer Meinung nach, verbessert werden muss, dann muss man wissen, wie sie funktioniert. Die Tatsache, dass sie gesellschaftliches Eigentum wird, ändert das Wesen der Produktion oder die Produktionsmethode nicht. Die Verteilung der Produktion wird sich ändern und gerechter werden." Santilláns plötzlicher Sinneswandel wurde möglicherweise durch die Weltwirtschaftskrise ausgelöst, die viele AktivistInnen (einschließlich einiger, die eher AnarchistInnen als SyndikalistInnen waren) zu dem Schluss führte, das Ende des Kapitalismus sei unvermeidlich, und dass sie in der Lage sein müssten, den wirtschaftlichen Übergang zum libertären Kommunismus zu organisieren. Wie viele andere libertäre AktivistInnen betonte der CNT-Führer die Notwendigkeit, das „Parasitentum" zu beseitigen und für Arbeit für alle zu sorgen. Arbeit sei in einer revolutionären Gesellschaft sowohl Recht als auch Pflicht, und er pflichtete dem alten Sprichwort bei: „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen":

„Wir suchen keine Freundschaften in der Fabrik. … Was uns vor allem in der Fabrik interessiert, ist, dass unser Arbeitskollege seinen Job versteht und ihn ausführt, ohne dass es Schwierigkeiten gibt, etwa weil er unerfahren ist oder die Funktionsweise des Ganzen nicht kennt. Das Heil liegt in der Arbeit und der Tag wird kommen, da die Arbeiter es wollen. Die Anarchisten, die einzige Strömung, die nicht versucht auf Kosten anderer zu leben, kämpft für diesen Tag." Er machte deutlich, dass im libertären Kommunismus der Produzent den Staatsbürger ersetzen werde.

Die SituationistInnen und andere vernachlässigten vollkommen die Arbeitsverweigerungen der gewöhnlichen ArbeiterInnen während der Spanischen Revolution, die ein zentrales Thema von Gegen die Arbeit waren. Mit anderen Worten: Das nach 1968 gezeichnete Porträt der arbeitenden Klasse als Träger des Widerstands gegen die Arbeit war nicht mit der Disziplin und dem Organisationsgrad zu vereinbaren, die für das Funktionieren von Räten, Sowjets und anderen Formen produktivistischer Kollektive erforderlich sind. Um das Ausmaß der

Gegen die Arbeit

Michael Seidman

Der antifaschistische Philosoph Benedetto Croce prägte den berühmten Satz: „Geschichte ist immer Zeitgeschichte." Diese Aussage trifft ganz sicher auf mein Buch Gegen die Arbeit zu. Das Buch hat seine Wurzeln in den „langen Sechzigerjahren", deren radikalste Protagonisten eine Sozial- und Kulturkritik des Konsumkapitalismus lieferten. Die Kulturrevolution der 60er Jahre erneuerte die Infragestellung der Lohnarbeit, welche ein Wesensmerkmal der Arbeiterbewegung gewesen war. Die Konzeption von Gegen die Arbeit war von der nach 1968 aufkommenden „Kritik der Arbeit", die ich während meiner Zeit in Paris von 1979 bis 1982 aufnahm, beeinflusst, aber nicht vollständig bestimmt. Zu jener Zeit machte ich die Bekanntschaft einiger Französinnen und Franzosen, deren Neudefinition der künftigen Revolution einfach darin bestand, dass nicht mehr für Lohn gearbeitet würde. Ihre Position erinnerte an die im neunzehnten Jahrhundert sowohl von MarxistInnen als auch von AnarchistInnen artikulierte Forderung nach Abschaffung der Lohnarbeit. Auf der pragmatischen Ebene überlebten die jungen Leute dieses Pariser Zirkels in ihrem teuren städtischen Umfeld, indem sie gelegentlich Aushilfsjobs übernahmen oder Arbeitslosen- und Sozialhilfe bezogen. Trinken, Rauchen und ihre gelegentliche Intensivierung durch den Konsum weicher Drogen waren für dieses Milieu charakteristisch. Für mich, der ich Ende der Sechziger-, Anfang der Siebzigerjahre in den USA studiert hatte, waren diese hedonistischen Beschäftigungen weniger schockierend als die Ideologie gegen die Arbeit. Die PariserInnen machten mich mit wichtigen Texten wie der Anthologie La fin du travail und dem Pamphlet Le refus du travail1 vertraut. Beide Publikationen vertraten die Auffassung, dass Arbeit Unterdrückung sei und, was ebenso wichtig sei, die Arbeiter Widerstand gegen sie leisteten.

Diese Skepsis gegenüber der Lohnarbeit schrieb das neu erwachte Interesse an einer Geschichte der Arbeit fort. Es war in den 60er- und 70er-Jahren in Frankreich und anderen westlichen Staaten aufgekommen, als erstmals Historiker die Geschichte alltäglicher Arbeitsverweigerungen durch die Arbeiter aufzuzeichnen begannen. In jenen Jahren verfassten Michelle Perrot und Michel Foucault Werke zur Geschichte der Zurückweisung von Disziplinierungstechniken durch ArbeiterInnen, Frauen, Gefangene und andere. Diese Geschichtsschreibung von unten ließ das Streben der unteren Klassen nach Autonomie wieder aufleben und spiegelte eine allgemeine Krise des militantisme. So formulierte Foucault Anfang der Siebzigerjahre: „Die Massen brauchen ihn [den Intellektuellen] nicht, um Wissen zu erlangen. Sie wissen vollkommen Bescheid, ohne Illusionen; sie wissen es besser als er und sind durchaus in der Lage, sich auszudrücken." AktivistInnen und Militante, die nicht selbst ArbeiterInnen waren, hatten nur untergeordnete Rollen zu spielen, wenn Autonomie und Selbstbestimmung der ArbeiterInnen das Ziel waren. Die Intellektuellen konnten die Bewegung ganz sicher nicht im leninistischen Sinne anführen oder ihr revolutionäres Bewusstsein verleihen, wenn, wie radikale linke Kritiker des orthodoxen Marxismus postulierten, das Klassenbewusstsein durch den Kampf selbst – und nicht durch wohlmeinende Intellektuelle – geformt wurde.

Die von Perrot, Foucault und anderen verfassten Werke zur Arbeits- und Sozialgeschichte dokumentierten – und erweckten – den Wunsch, libertäre Traditionen wiederzubeleben. Viele meiner Freunde und Bekannten im Paris der späten Siebziger- und frühen Achtzigerjahre machten sich Rätekonzepte zu Eigen und forderten Arbeiterselbstverwaltung. Richard Gombins zentraler Text lieferte die positive Neubewertung eines linken Radikalismus, den Lenin als „Kinderkrankheit" abgetan hatte.5 Antileninistische Linke ihrerseits lehnten Weisungen „revolutionärer" politischer Parteien und angeblich repräsentativer Gewerkschaften ab und befürworteten stattdessen wilde Streiks, Fabrikbesetzungen und verschiedene Formen der Arbeiterkontrolle, die, wie sie sagten, den realen Sozialismus der Zukunft vorwegnahmen – getreu dem Motto der Ersten Internationale: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein." Gombin argumentierte, dass der junge Georg Lukács, Karl Korsch und Anton Pannekoek darin übereingestimmt hatten, dass eine erfolgreiche Revolution der ArbeiterInnen letztlich auf die ArbeiterInnen selbst bauen müsse.

rokratischen und reformistischen Gewerkschaften, welche davon abhängig sind, einen gesetzlichen Schutz und Fördergelder von denen zu erhalten, die diese Angriffe durchführen, müssen entweder aufgeben oder kämpfen. Doch wenn sie überhaupt mobilisieren, dann sind sie zum Scheitern verurteilt, denn sie sind nicht dazu geschaffen, um solche Angriffe auf breiter Front zurückzuschlagen und auf ihre eigene Kraft zu bauen. Daher übernehmen sie stattdessen die Forderungen der Arbeitgeber/innen gegenüber den Arbeiter/innen, dass es notwendig sei, Arbeitsplätze zu erhalten.

Die US-Gewerkschaft United Auto Workers (UAW) hat beispielsweise vor kurzem Verträge mit den Autokonzernen General Motors, Ford und Chrysler abgeschlossen, in denen für langfristige Mitarbeiter/innen die Löhne eingefroren wurden. Außerdem akzeptierte sie, dass „zweitklassige" Arbeiter/innen niedrigere Löhne und eingeschränkte Gesundheits- und Rentenleistungen erhalten. Der Vorstandsvorsitzende von Chrysler-Fiat hat daraufhin gedroht, die Fabriken in Italien zu schließen und nach Polen bzw. in die USA zu verlagern, falls die italienischen Arbeiter/innen sich nicht als „effizient" erweisen sollten. Es wird erwartet, dass die italienischen Behörden die europäische Schuldenkrise nun als Vorwand nutzen werden, die Rechte der Arbeiter/innen im Land zu zerschlagen, um Lohnkürzungen und Arbeitsmarkt-„Flexibilität" im amerikanischem Stil einzuführen.

Weltweit ist sich die herrschende Klasse darin einig: Die arbeitende Klasse soll durch die Zerstörung der Sozialprogramme, sowie mittels drastischer Kürzung von Löhnen und Lebensbedingungen dafür bezahlen. Diese Maßnahmen können erst durchgesetzt werden, wenn die Rechte der Arbeiter/innen und Gewerkschaften zerschlagen wurden und sich die Klassenauseinandersetzungen im Weltmaßstab verschärfen. Doch während wir dies schreiben, gibt es Streiks und Mobilisierungen in Griechenland. Auch die spanische CNT-IAA ist aktiv in Arbeitskämpfe eingebunden und nimmt mit anderen Gewerkschaften und sozialen Organisationen an einer Aktionswoche zur Mobilisierung für einen Generalstreik teil. In Großbritannien wird es zudem einen Aktionstag gegen die Rentenkürzungen am 30. November geben. Gleichzeitig sieht sich die Occupy-Bewegung in den USA und anderswo der Repression ausgesetzt, und auch die Studierenden in Chile sind im Aufstand – um nur einige Beispiele zu nennen.

Das Abkommen der United Auto Workers (UAW) ist nur eines von vielen Beispielen, die aufzeigen, dass die reformistischen Gewerkschaften nur Dienstleistungsinstitutionen sind und daher eine Last auf dem Rücken der Arbeiter/innen – nicht aber ein freies Mittel für Eigenaktivität und Gleichberechtigung. Im Gegenteil zu den reformistischen Gewerkschaften verweigert die Internationale Arbeiter/innen-Assoziation (IAA) eine Einbindung in das kapitalistische System. Wir schließen kein Klassenbündnis, haben keine bezahlten Gewerkschaftssekretär/innen und nehmen keine Art von Fördergeldern von unseren Feinden an. Unser Ziel ist es, den Kapitalismus und den Staat zu ersetzen durch die freie Föderation von freien Arbeiter/innen-Vereinigungen – den libertären Kommunismus.

Das IAA-Sekretariat sendet in diesem Geist des Anarchosyndikalismus und Internationalismus seine Grüße und Unterstützung an alle Arbeiter/innen, die durch Eigenaktivität, Proteste, direkte Aktionen und Solidarität sich im Kampf gegen die kapitalistischen Sparmaßnahmen, gegen Ausbeutung und Unterdrückung wehren!

Oslo, 16. November 2011
Mit anarchosyndikalistischen Grüßen

Sekretariat der Internationalen Arbeiter/innen-Assoziation (IAA)
http://www.iwa-ait.org

Anhang:
Konzerne, die sich im Transatlantischen Geschäftsdialog (TABD) zusammengeschlossen haben:
Accenture, Airbus, Albemarle Corporation, Applied Materials, Audi, BASF, BBVA, British American Tobacco, British Petroleum, BT, Capstone Turbine Corp, Chartis International, The Coca-Cola Company, Covington & Burling LLP, Deloitte, Deutsche Bank, Ernst & Young, European-American Business Organization, Ford Motor Company, Freshfields, GE, Heitkamp & Thumann Group, Intel, International Airlines Group (British Airways + Iberia), KPGM International, Lloyds, Merck & Co., Microsoft, Pfizer, Philip Morris International, PricewaterhouseCoopers, Siemens, Svenska LantChips, AB, ThyssenKrupp, Travelport, Umicore, Unilever ■

Quelle: *http://iwa-ait.org/?q=node/155*

Übersetzung: *Anarchosyndikat Köln/Bonn*

Heike Schrader lügt!

Betrifft den Artikel „Mörderischer Angriff" in der Tageszeitung junge welt vom 21. Okt. 2011. In der fett gedruckten Unterüberschrift behauptet die junge welt „Hintergründe zu den gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten" in Athen liefern zu wollen. Der folgende Artikel strotzt dann jedoch nur so vor Auslassungen, Verdrehungen, Halbwahrheiten und Parteipropaganda der KKE.

Da Heike Schrader seit Jahren in Athen lebt, dürfte ihr all das bekannt sein. Der Artikel kann deshalb nur als wissentliches Lügenkonstrukt bezeichnet werden.

Zu den Auseinandersetzungen war es am zweiten Tag des 48-stündigen Generalstreiks zwischen einem Block von AnarchistInnen, Linksradikalen und nicht eingebundenen Jugendlichen einerseits und Ordnern der stalinistischen KKE, ihrer Jungendorganisation KNE und der von der KKE dominierten Gewerkschaftsfront Pame gekommen. Das 53-jährige Pame-Mitglied Dimítris Kotzarídis erlitt nach Tränengas- und Blendschockgranatenbeschuss durch die MAT-Sondereinheiten der Polizei einen Herz- und Atemstillstand und verstarb noch vor Ort. Ärzte, die vergeblich versuchten ihn wiederzubeleben, führen seinen Tod auf das Einatmen großer Mengen von Tränengas zurück. Nach Aussagen eines ihn begleitenden Bekannten, war er nicht an den Auseinandersetzungen beteiligt und „fiel direkt nachdem eine Tränengasgranate vor seinen Füßen explodierte, plötzlich um".

Anstatt diesen erneuten Polizeimord anzuklagen, sprach die KKE-Vorsitzende Aléka Paparíga die Polizeikräfte noch am 20. Oktober auf einer Pressekonferenz von jeder Schuld frei. Dass Schrader im Artikel nicht einmal die Todesumstände erwähnt, spricht Bände. Bei ihr liest sich das folgendermaßen: „Als »organisierten mörderischen Angriff von Befehle ausführenden Provokateuren« bezeichnete die Kommunistische Partei Griechenlands, KKE, den Angriff auf ihre Gewerkschaftsfront PAME am Donnerstag. Dabei hatten mehrere hundert Vermummte den Demonstrationsblock der PAME vor dem griechischen Parlament mit Steinen, Rauchgeschossen und sogar Brandbomben angegriffen. Bei den Auseinandersetzungen wurden mehr als 40 Menschen verletzt, der PAME-Gewerkschafter Dimitris Kotzaridis erlitt einen tödlichen Herzinfarkt."

An dem Absatz ist einzig das Zitat der KKE richtig zitiert! Und dass die griechischen StalinistInnen all diejenigen, die nicht ihren eigenen Befehlen gehorchen als „Befehle ausführende Provokateure" bezeichnet ist bekannt. So waren, angefangen von den aufständischen BesetzerInnen des Polytechnikums 1973, von denen einige ihren Kampf gegen die Militärdiktatur mit dem Tod bezahlten, bis zu den Beteiligten des sozialen Aufstands im Dezember 2008, als nach der Ermordung von Aléxandros Grigorópoulos tagelang griechische Innenstädte brannten, laut KKE immer nur „Provokateure" am Werk.

Des Weiteren wurde am 20. Oktober 2011 kein „Demonstrationsblock der Pame" angegriffen, sondern die mit Helmen, Knüppeln und Vierkanthölzern bewaffnete Schutztruppe von Pame und KKE, die über viele Stunden das Parlamentsgebäude vor anderen DemonstrantInnen geschützt hatte. Dieser Schutz – wohlgemerkt des Gebäudes, in dem in diesen Stunden die weitere Ausplünderung des Landes beschlossen wurde – erfolgte durch körperliche Zwangsdurchsuchungen, Taschen-, und teilweise Personalienkontrollen „verdächtiger" DemonstrantInnen und sollte bis zum Ende der Abstimmungsprozedur aufrechterhalten werden. Die so freiwerdenden Polizeikräfte tranken in dieser Zeit Café bzw. verteilten sich strategisch in den umliegenden Straßenzügen. Schon am Tag zuvor, dem ersten Tag des Generalstreiks, hatte die KKE über vier Stunden die komplette Straße vor dem Parlament für andere Demonstrierende dicht gemacht. Nur um Haaresbreite konnte dabei eine Straßenschlacht zwischen der seit zwei Wochen streikenden Müllarbeitergewerkschaft und der KKE vermieden werden. Nicht umsonst zeigten sich die ParlamentarierInnen beeindruckt vom „gut organisierten Schutzschild der KKE für die parlamentarische Demokratie". Bei früheren Generalstreiks hatten zum Teil zehntausende Demonstrierende versucht das Parlament zu stürmen, was zu heftigen Straßenschlachten mit den Polizeikräften und vielen Unannehmlichkeiten für die „VolksvertreterInnen" geführt hatte. Anarchistische und linksradikale Gruppen hatten auch jetzt im Vorfeld erklärt, dass nur die Erstürmung und Besetzung des Parlaments neue Sparbeschlüsse verhindern könne.

Die „mehrere hundert Vermummte" waren dann auch mehrere tausend Menschen, die genug vom unterdrückerischen Tun der KKE haben. Sie prügelten sich in der Folge im Übrigen mit den nicht minder behelmten und vermummten „roten Bullen" der Partei und die „mehr als vierzig Verletzten" dürften zu einem nicht geringen Teil die von den KKE-Ordnern „verhafteten Provokateure" sein, die zuerst übel zusammengeschlagen und dann den echten Bullen übergeben wurden.

„Doch der brutale Angriff auf Griechenlands Kommunisten kommt nicht aus heiterem Himmel:" Da hat Schrader tatsächlich recht – allerdings schreibt sie nichts dazu in ihrem Artikel. War es im letzten Jahrzehnt relativ ruhig was körperliche Auseinandersetzungen in der griechischen Linken betrifft, so liegt dies vor allem daran, dass die KKE seit bestimmt 15 Jahren bei Generalstreiks nur noch getrennt von allen anderen demonstrierte und somit keine direkte Gefahr mehr für die körperliche Unversehrtheit all derer darstellte, die sich ihr nicht unterordneten. Einzig aus diesem Grund kam es in letzter Zeit nicht zu den in den 70er, 80er und 90er Jahren regelmäßig stattfindenden brutalen Prügeleinsätzen der KKE-Schläger, die oftmals in Zusammenarbeit mit den MAT-Sondereinsatzbullen auf Demoblöcke von Linksradikalen, Autonomen, AnarchistInnen, und „Wilder Jugend" im Rahmen der Gedenkdemonstrationen zum 17. November losgingen (u. a. 1979, 1995, 1998, 1999).

Insofern ist das ständige Geheule der KKE über „bezahlte, vermummte Provokateure" oder „Anarcho-Faschisten", die zum Schaden der Partei mit dem Staat zusammenarbeiten, mehr als scheinheilig. Die einzige organisierte (linke?) Macht, die in Griechenland ständig mit allen Mitteln konkurrierende Strukturen – und hierbei vor allem so genannte oder tatsächliche LinksabweichlerInnen, TrotzkistInnen, AnarchistInnen – bekämpft, ist die KKE. Dass sie dabei, wann immer es ihr nötig erscheint, mit dem Staatsapparat zusammenarbeitet, versteht sich von selbst.

Momentan versucht die KKE den doppelten Mehrwert der Demonstrationen und der Auseinandersetzungen für sich zu verbuchen:

- Anerkennung vom System für den Schutz desselben eingeheimst,
- gleichzeitig „kämpferisch" mit Helm und Knüppel dagegen in die Schlacht gezogen
- und außerdem noch „Opfer staatlich gelenkter Provokateure".

Da kommt ein Toter gerade recht – nur schade, dass ihn kein Stein von „Vermummten" erschlagen hat.

Beim Generalstreik vom 19./20. Oktober haben hunderttausende Menschen die KKE in Aktion erlebt (frei nach dem Motto „Wer nicht für mich ist, ist der Feind" wurden auch AktivistInnen der „Bezahlt wird nicht"-Kampagne von den KP-Schlägern verprügelt) und konnten sich erneut ein Urteil bilden. Die kommenden Mobilisierungen werden zeigen, welchen Schluss sie daraus gezogen haben. Da Massenmedien, PolitikerInnen aller Parteien, staatstragende Gewerkschaften und die KKE an diesem Punkt eine propagandistische Einheitsfront bilden, kommt es – wie immer – aufs eigene Denken an. ■

|| **Ralf Dreis, Vólos Griechenland**

Probeheft gratis
da-abo@fau.org
Wer nicht liest,
hat schon verloren
[Rüstzeug für den Klassenkampf]
DA DIREKTE AKTION
www.direkteaktion.org